

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-S., Reichsstraße 10
Postfach 1000, Dresden-S. 1, Fernruf 17 26. Vertriebsstelle: Dresden 18 000,
Sachsen: Sonntags 10-18 Uhr alle Speditionen, Mittwochs 17-18 Uhr
betriebs- und arbeiterrecht. Beratung, Sonntags 10-18 Uhr alle Speditionen.

Dresden, Donnerstag den 25. Juni 1931 Nummer 122
7. Jahrgang

Notverordnung würgt die Betriebsarbeiter!

Betriebe an die Front! Nicht gezögert! Faßt Kampfbeschlüsse! Sofortige Streikrüstung!

Dresden, 25. Juni 1931
Die furchtbare Schlinge der Notverordnung zieht sich nicht nur um die Arbeitlosen, sondern zugleich auch um die beschäftigten Arbeiter zusammen. Die Kürzung bzw. Streichung der Gewerkschaften-Unterstützung soll ab 15. Juli in Kraft treten; außerdem haben die „Arbeiterstimme“ am Dienstag meldet, Besprechungen zwischen Stegerwald und der Gewerkschaftenrat stattgefunden, die offenbart: Laut Notverordnung wird in den verschiedensten Industrien die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, das heißt, eine Kürzung der Löhne um den 17. Teil, gleich 17 Prozent, durchgeführt. Neueinstellungen werden nicht vorgenommen. Die Mehrarbeit wird durch verstärktes

Schlepps ausgeführt. Wie wir erfahren, hat gestern im Reichsministerium eine Sitzung Stegerwalds mit den Vertretern der Papiererzeugungs-, und Papierverarbeitungsindustrie und den Verbändebossen stattgefunden, wobei einmütig die Kürzung der Löhne in Form der durch die Notverordnung vorgezeichneten „Arbeitszeitverfänger“ beschlossen wurde! Die anderen Industrien werden folgen!
Dazu kommt, daß die Betriebsarbeiter auf Grund der Notverordnung auch durch die Krisensteuer (ein Spezialbeitrag der SPD!) geschädigt werden, und daß die Brüning-Regierung ermächtigt ist, alle laufenden Tarifverträge jederzeit nach Belieben abzuändern, d. h. zu verschlechtern. Heute wird weiter be-

kannt, daß das Reichsfinanzministerium jetzt Ausführungsbestimmungen zur Krisensteuer erlassen hat. Diese bringen außer der bisher bekannt gewordenen Belastung weitere Verschlechterungen, Notverordnung, Lohnraub, Krisensteuer, Terror — das können und wollen die Betriebsarbeiter nicht auf sich nehmen. Sie solidarisierten sich deshalb mit dem Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, mit dem Programm zur sozialen und nationalen Befreiung des Volkes, sie bekennen sich zum Kampfe für ihre Tagesforderungen und für ein sozialistisches Deutschland. Sie folgen dem Rufe der KPD zum Massenkampf!
Alle Betriebe gehen sofort zum Sturmangriff über! Faßt Kampfbeschlüsse! Sofortige Streikrüstung!

Mit Brüning und SPD für die Notverordnung oder mit KPD für den Arbeitsbeschaffungsplan!

Die volkswirtschaftlichen Bestimmungen der Notverordnung belegen für die Betriebsarbeiter unter anderem:

17 Prozent Lohnraub durch „Arbeitszeitverfänger“

Im Kapitel 2, Artikel 1 „Arbeitszeit“: „Durch Verordnung der Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe, Gewerbezweige, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern... die vorgesehene Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt und die Zulässigkeit von Mehrarbeit von der Genehmigung... der in der Verordnung bezeichneten Behörden gemacht werden.“
„Besonderer Hinweis“ vom 23. Juni: „Im Reichsarbeitsministerium fand heute die angeordnete Besprechung zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die auf Grund der Ermächtigung der Reichsregierung zu erlassende Durchführungsverordnung statt. Der Entwurf sieht eine Kürzung des Gesamtlöhnes um 17 Prozent in vollem Umfange der Arbeitszeitverfänger vor. Bei einer Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden könnten also die durch Lohnraub und Krisensteuer bereits geschädigten Arbeiter noch einmal um ein Sechstel gekürzt werden. Dagegen ist in dem Entwurf für die Durchführungsverordnung eine Verpflichtung der Arbeitgeber zu Neueinstellungen entsprechend der Arbeitszeitverfänger nicht vorgesehen.“
Die näheren Bestimmungen zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsplans sind in der Durchführungsverordnung über die Arbeitsbeschaffung, Artikel 1, § 4: „Die näheren Bestimmungen über die Arbeitsbeschaffung sind die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats. Sie kann dabei auch die Herabsetzung der Arbeitslohn in Tarifverträgen, regeln, die zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung der Reichsregierung schon abgeschlossen sind.“ (Lohn- und sonstige Tarife gelten also vor der Notverordnung Brüning nicht! Bei den Betriebsarbeitern wurde bereits der Anfang gemacht!)

40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Herabsetzung der Maximalarbeitszeit auf 7 Stunden täglich bzw. 40 Stunden pro Woche bei der Zahlung des vollen Lohnausgleichs. Für Bergarbeiter und Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben sowie für Jugendliche die Einführung des stündigen Arbeitstages. Jede Leistung von Nebenstunden ist verboten.
Millionen alter, längst pensionsfähiger Arbeiter hindern die zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen und die Furcht vor den Hungerrenten in der Sozialversicherung, aus dem Produktionsprozess auszuschleichen. Die Altersgrenze in der Invaliden- und Altersversicherung ist deshalb auf 60 Jahre herabzusetzen und alle den Arbeitern, die dieses Alter erreicht haben, freizustellen, aus den Betrieben auszuschleichen. Zu gleicher Zeit ist die jetzt geltende Invalidenrente von durchschnittlich 36,40 Mark im Monat auf 100 Mark zu erhöhen. Für alle zuschlagsberechtigten Angehörigen ist ein monatlicher Zuschlag von je 25 Mark zu zahlen.
Die Berufsunfähigkeitsgrenze ist von 66,66 auf 50 Prozent herabzusetzen. Alle Arbeiter über 50 Jahre haben bei Erreichung dieser Berufsunfähigkeit Anspruch auf Pensionierung und Renten in Höhe der vorgenannten Sätze.
Wiederherstellung der durch die Lohnraubmaßnahmen des Unternehmertums gefährdeten Löhne.
Anträge auf Stilllegung und Einschränkung der Betriebe, die Vornahme von Entlassungen von Arbeitern und Angestellten zum Zwecke der weiteren Rationalisierung, Herabsetzung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind untersagt. In allen Fällen wo Betriebsstilllegungen aus vorgenannten Gründen durchgeführt sind, sind diese rückgängig zu machen.

Belastung der Besitzenden, Millionärsteuer

Erhebung einer Millionärsteuer, d. h. einer einmaligen Sondersteuer auf alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, soweit dieses 500.000 Mark übersteigt, in Höhe von 10 Prozent. Der Ertrag beträgt rund 3,5 Milliarden.
Steuerung von Dividenden und Aufsichtsratsentnahmen in Höhe von 20 Prozent. Damit würden 300 Millionen Mark aufgebracht werden.
Eine Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50.000 Mark jährlich in Höhe von 10 Prozent, das würde 200 Millionen Mark einbringen.
Einführung der Steuerflotten, Aufhebung des Vermögensbegriffes zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Kapitalflucht. Beschlagnahme aller Vermögen der Besitzenden, die Kapital ins Ausland vertrieben.

Krisensteuer und 450 Prozent Bürgersteuer

Die Notverordnung diktiert eine Krisenlohnsteuer. Sie belegt bei einem Wochenlohn von 100 bis 200 Mark 1 Prozent. Hat also ein Arbeiter einen Wochenlohn von 25 Mark, so zahlt er 25 Pf. die Woche, oder über 12 Mark im Jahr. Bei einem Wochenlohn von 40 Mark zahlt er jährlich an Krisensteuer über 20 Mark. Die Krisensteuer wird gezahlt von dem Brutto-Einkommen (also ohne Abrechnung der vielen Abzüge!). Die Krisensteuer wird als Lohnabzug direkt vom Unternehmer einbehalten. Zur Krisensteuer kommt noch für Dresden die Erhebung der Bürgersteuer auf 450 Prozent. Der Betriebsarbeiter, der für sich und seine Frau bisher 9 Mark jährlich Bürgersteuer bezahlte, soll also 49,50 Mark bezahlen, also mehr als einen Wochenlohn!

Die Notverordnung muß fallen, wenn die Betriebsarbeiter leben sollen! Fort mit Brüning! Hinein in die KPD und RSD! Lebt die „Arbeiterstimme“

Berlin, 25. Juni (Eig. Drahtmeldung.)
Am Dienstag versammelten sich in einem großen Saal im Wedding zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter um über die Notverordnung, über die Brüning-Politik der Sozialdemokratie zu diskutieren. Der Genosse Laberka, der 22 Jahre Mitglied der SPD war, sollte sprechen. Die öffentliche Diskussionsversammlung, die eine Klärung unter den oppositionellen Arbeitern bringen sollte, wurde unter ungehörter Empörung aller Versammlungsteilnehmer von der Polizei des Sozialdemokraten Organismus aufgelöst.

Spartakiade-Verbot gefallen!

Rüftet nun mit ganzer Kraft zur Spartakiade 4. — 12. Juli

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)
Der Massensturm hat das Spartakiade-Verbot teilweise zu Fall gebracht. Der Berliner Polizeipräsident teilt jetzt mit, daß das Verbot für die sportlichen Veranstaltungen aufgehoben ist, bzw. daß die geplante sportliche Veranstaltung nicht grundsätzlich verhindert werden soll. Der Aufhebung des Spartakiade-Verbotes gingen Verhandlungen des Vertreters des Spartakiade-Komitees, Genossen Gruber, mit dem preussischen Innenminister voraus. Die Spartakiade ist nur im engeren sportlichen Rahmen freigegeben worden. Größtenteils handelt es sich um die Notverordnung. Bei der großen Protestbewegung der proletarischen Massen gegen das Spartakiade-Verbot, die ihren Widerhall bis in bürgerliche Kreise und Blätter fand, war das Verbot nicht haltbar.
Schon vor dem Gesamtverbot der Spartakiade waren von Größtenteils auf Grund der Notverordnung so viele Einzelverbote der politischen und Wettkampfanstalten erfolgt, daß es keinerlei nennenswerte Beirathung für das Verbot der sportlichen Veranstaltungen mehr geben konnte. Der Sozialdemokrat Größtenteils hat jetzt starke Maßnahmen auf Grund der Notverordnung während der Spartakiade an; zum Beispiel polizeiliche Verhinderung über sämtliche Neben, die vom Spartakiade-Komitee bezogen im Manuskript vorgelegt werden müssen. Trotzdem ist

die Aufhebung des Spartakiade-Verbotes ein großer Erfolg des roten Massensturmes.
Mit noch größerer Energie gilt es, die Spartakiade durchzuführen. So lebe der rote Arbeitssport!

Die rote Werbearmee marschiert Sonntag

Anweisung der BL zum 28. Juni

1. Alle Parteileitungen müssen sofort alle Vorbereitungen für die Durchführung des Großwerbetages abschließen:
 - a) Werbe-Exemplare der Sonnabendnummer beim Verlag bestellen, die bei der Werbeaktion verkauft werden;
 - b) die erforderlichen Werbematerialien, wie Aufnahme-scheine, Abonnements-scheine, Werbefisten für unsere Wochenzeitung, sowie sie nicht vorhanden sind, sofort bei Partei und Verlag bestellen;
 - c) die Trefflokale für die einzelnen Parteimitglieder und Mitglieder der Massenorganisationen öffentlich, nach Möglichkeit in der Parteipresse, bekanntmachen, damit auch die Arbeiter, die nicht Mitglieder unserer
2. Jede Parteileitung muß nochmals die Leiter der Massenorganisationen zusammenholen und persönlich mit ihnen sprechen, damit in diesen Organisationen die Werbung für Partei und Presse gründlich durchgeführt wird.
3. Die Werbung für unsere Wochenzeitung „Sächsisches Volksecho“ muß so forciert werden, damit die Herausgabe dieser Zeitung zum 1. 8. tatsächlich garantiert wird.
4. In Verbindung mit der Werbearbeit muß ein Massenliteraturvertrieb organisiert werden, damit die Arbeitermassen mit den Auffassungen der Kommunisten vertraut gemacht werden.
5. Bei der Durchführung der Werbearbeit muß die Sammlung der Adressen von SPD-Arbeitern mit erledigt werden. Das Geschrei der sozialfaschistischen Bürokratie

Organisation sind, an der Werbearbeit teilnehmen

In der sächsischen Presse über diese Aufgabenstellung der BL hat gezeigt, daß wir am richtigen Ende ansetzen.

6. Der 28. Juni ist lediglich der Auftakt zu einer intensiven Werbearbeit, die in den nächsten Wochen und Monaten durchgeführt werden muß. Jede Leitung muß deshalb den Werbeplan so konkretisieren, damit das Gebiet, wo sie tätig ist, gründlich durchgearbeitet wird.

7. Jede Leitung muß das Ergebnis der Werbearbeit am Sonntagabend in der Zeit von 16 bis 18 Uhr an die Redaktion der „Arbeiterstimme“, Ruf 17 259, durchgeben oder aber sofort einen Brief oder eine Postkarte an die Redaktion absenden.

8. Wir erinnern alle Genossen daran, daß der 15. Juli der Tag der Zwischenprämierung ist. Die beste Ortsgruppe im Bezirk erhält den großen „Rotary“-Vervielfältigungsapparat. Alle Kräfte angespannt! Die Werbekampagne wird verstärkt durchgeführt bis zum 1. Oktober und geht

um das Sturmbanner der BL!

„Junge Garde“ auf 4 Wochen verboten!

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem in den letzten Tagen sich weniger als fünf KPD-Zeitungen mit ihren Kopialblättern Besorgungs-Republikationsgesetz und der Hindenburg-Diktator-Verordnung zum Opfer gefallen sind, hat jetzt der sozialdemokratische Polizeipräsident Gezeßki auch das Kampfbüro der verfallenen „Junge Garde“, auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Die Begründung des Verbots läßt sich auf einen Artikel, in dem die KPD aus Anlaß des Prozesses wegen der Kämpferlager Vorgänge verurteilt wurde und insbesondere die Rüge enthielt, daß die „Junge Garde“ die dort in das Kämpferlager hineingeholten seien, nicht Mitglieder der KPD sind. In diesem Artikel sei die Rolle des Staatsanwalts und Gerichts in dem hiesigen Prozeß wegen der Kämpferlager Vorgänge beleuchtet, erklärt Gezeßki einen Verstoß gegen die Verordnung Hindenburgs. Selbstverständlich ist die Begründung des Verbots nur ein Vorwand, um gerade jetzt aus dem Jubiläum der Rotverordnung, die mit besonderer Schärfe gegen die jugendlichen Kämpferlagen angewandt werden soll, das Sprachrohr des kämpfenden Jugendproletariats zu unterbinden.

Erwerbslosendemonstration gegen Rotverordnung

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Wohin kam es wieder auf den Berliner Stempelflecken, auf denen sich überall täglich große Polizeikommandos herumtrieb, zu Erwerbslosendemonstrationen gegen die Rotverordnung. Auf den Straßen der Stempelflecken sammelten sich tausende Erwerbslose und machten ihrer Erbitterung über die politische Fiktion und gegen die Rotverordnung in lauten Rufen Luft. Wie die Wachen von der Polizei auf die Straße gedrängt wurden, lezten sie hier ihre wuchtigen Demonstrationen fort. Der Polizei gelang es nicht, die Demonstrationen zu verhindern.

Rotverordnung für Schutz und Reichswehr aufgehoben

Heraus! Die Rotverordnung fällt! Nicht die Bestimmungen gegen die Erwerbslosen! Nicht die Kräftebeschränkung! Nicht die Kräftebeschränkung, soweit sie die Massen der Angehörigen und den Hauptteil der Beamten betrifft! Es bleiben auch die Steuererhöhungen! Invaliden und Kriegsdienstverweigerer erhalten ihren Teil abgezogen. Nur für einen kleinen Teil der Beamten fällt die Rotverordnung; für Reichswehr und Schutz.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt dafür die charakteristische Begründung:

„In der Tat muß alles scheitern, um unsere kleine Wehrmacht schlagartig zu erhalten, und auch die durch die gespannte innenpolitische Lage kurz beanspruchte Schutzpolizei nicht dem Nachruhm der radikalen Propaganda unnötig auszuliefern.“

Nicht die Sorge um die Beamten und ihre Familie, sondern die Angst vor ihrer kommunistischen Infiltration ist die Grundursache für die neuen Kategorien der Soldaten und Schutz.

Damit gehen die Verfallener und Verfallener der Verordnung leicht zu, daß der Fiskus von volkswirtschaftlicher Wirkung ist, daß die notwendige Folge eine Reduktion des Budgets und daß die herrschende Klasse sich darum eine gutbezahlte Bonusschicht-armee halten muß.

Die kommunistische Partei und ihre Parteifunktionäre haben seit jeher gegen Brüning und Brüning, für die Verbesserung der unteren Beamten aller Kategorien gekämpft.

Das gibt ihr die Autorität und das Recht, die Polizeibeamten auf den Hintergrund dieser plötzlichen Zurückbildung der Beamten und Besorgnis auszuweisen zu machen. Die Tatsache, daß man für die Bürgerkriegstruppe die Rotverordnung aufhebt, beweist, daß man die Rotverordnung gegen das ganze übrige verfallene oder unterirdisch arbeitende Volk auszuheben will und sich auf Zustimmung der Polizei macht, die denen dann die von der Rotverordnung betroffenen Soldaten gegen die Massen getrieben werden sollen.

Und nun erheben wir die Frage: Soll es so kommen?

Internationaler Boykott der UdSSR

Die Blätter Hoovers und der imperialistischen Kriegstreiber

Die große englische Zeitung „Daily Express“ schreibt: „... daß die Vereinigten Staaten die Erörterung der Kräfte der Schulden nur unter der Voraussetzung der Sowjetunion anschließen mit dem Ziel, die amerikanische Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des russischen Weizens und anderer russischer Rohstoffe zu schützen.“

Diese Nachricht behält auch die Deutsche Bergwerkszeitung, die in ihrer letzten Sonntagsausgabe sagt: „Die Nachricht, daß die amerikanischen Staatsmänner auf ihrer Europareise beabsichtigen, eine Front gegen Sowjetrußland zustande zu bringen, mag übertrieben oder unwahr (?) sein, kennzeichnet aber die Stimmung.“

Die Arbeiterklasse muß erkennen, was der Hauptzweck der Hoover-Aktion ist. Das internationale Proletariat Krieg überleben wollen, heißt, die die Sowjetunion boykottieren und, mit imperialistischen Kriegstreibern und Antiribbentropisten im eigenen Lande.

Landarbeiter beschließen Erntestreik

Delegiertenkonferenz Niedergräfenhain wählt vorbereitenden Kampfausschuß

Leipzig, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Einen Beschluß von entscheidender Bedeutung für die Auslösung des Erntestreiks folgte die am 21. Juni in Niedergräfenhain stattgefundene Landarbeiter-Delegiertenkonferenz. Alle entscheidenden Götter des Gebietes hatten Delegierte geschickt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird:

„... in Anbetracht der steigenden Ausbeutung aller Berufs des Landproletariats den Kampf zur Ernte unter Führung der KPD zu organisieren.“

Die Konferenz wählte einen zentralen vorbereitenden Kampfausschuß. Außerdem wurden auf acht Göttern Kampfausschüsse gewählt.

Der Freier a. G. hat in einer Landtagsrede angekündigt, daß der Lohn der Landarbeiter gänzlich abgebaut werden soll. Auf diese Provokation kann es nur die Antwort des Streiks für die Forderungen der Landarbeiter geben.

Kampf in einheitlicher Front mit den armen Bauern, Siedlern und Pächtern. Das Bauernhilfsprogramm der KPD zeigt den Ausweg aus dem Elend der werktätigen Bauern.

Erntestreik als Schritt zur Schaffung der einheitlichen und überwindlichen Kampffront.

Die Industriearbeiterklasse muß mit aktiver Solidarität dem Landproletariat zur Seite stehen.

Der Genosse Ernst Thälmann, der Führer unserer Partei, erklärte in seiner Rede in Oberhain:

„Wir für die Arbeiter und Arbeiterinnen, für die Millionen Arbeitlosen, für die Beamten und Angestellten und den hunderttausendfachen Mittelstand, wie auch für die Millionenarme der kleinen Bauern die Stunde der Erlösung schlagen.“

mit dem Siege der Volksresolution. Keine kapitalistische Regierung, keine kapitalistische Partei wird den Erntestreik enteignen, wird die Landarmen Bauern zur Regierung zwingen. Keine Wirtschaftsordnung außer der des Kommunismus wird den kleinen Bauer aus der Not der Hungerhilfe, ihm den Aufstieg zum Menschentum und Sozialismus eröffnen.“

Große Bauernversammlung laßt Kampfbeschlüsse

Für das Bauernhilfsprogramm der KPD

Am 20. Juni fand in Krampehrde (Schlesien) eine öffentliche, von der Kommunistischen Partei einberufene Bauernversammlung statt. Von 200 Besuchern wurde ein Referat des Genossen Zimmermann mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach auch der Bauernführer v. Salomon, der sich im Sinne der Ausführungen des Referenten aussprach. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, trotzdem auch eine große Anzahl bisher nationalitätlich orientierter Bauern anwesend waren, die sich für das Bauernhilfsprogramm der KPD aussprachen.

Ein Bauernkomitee von 7 Personen wurde gewählt und mehr beschlossen, einen Aufruf an die werktätigen Bauern Schlesien-Hollands zu veröffentlichen. Die Nationalitätlich orientierten Bauern für diese Versammlung besonders einen Referenten beauftragt, der aber in der Versammlung nicht anwesend war. Die Versammlung war ein gewaltiger Erfolg der KPD und zeigte den Barmherzig unserer Partei bei den werktätigen Bauern.

Enthüllungen aus Hitlers Stab!

Korruption und Intrigen / ... daß Sie, Führer Hitler, homosexuell sind!

In Pirna wurde bei einer Diskussion mit Nazis das Mitglied des Kampfbüros, Genosse Wagner, niedergestochen. Er liegt in hoffnungslosem Zustand im Krankenhaus.

Die täglichen Meldungen über Mordüberfälle auf Arbeiter lennen die Verherrlichung des Mordes der Hitlerpartei, die sich der heutigen Proletkation sicher fühlt. Während die Mordtaten Hitlers täglich ihre Opfer auf die im Kampf gegen das Kapital stehenden revolutionären Arbeiter durchführen, nimmt die Antraktion der Nazisführer ein ungeheures Ausmaß an. Bezeichnend dafür ist ein Geheimbrief des Oberleutnants Schulz vom 2. Juni d. J. an Adolf Hitler der jetzt durch die Presse geht. In diesem Brief des Berliner Vertrauensmannes wird festgestellt, daß Goebbels und sein Freund Dr. Meißner die wahren Schaulden an der Stennes-Rebellion sind, sich aber dennoch in Amt und Würden befinden. In diesem Brief wird mitgeteilt, daß Goebbels den Berliner SA-Führern gegenüber erklärt habe, er denke nicht daran, die Berliner SA dem „homosexuellen bolschewistischen Oberleutnant Schulz“ auszuliefern. Schulz betont, daß in den verächtlichen homosexuellen Beziehungen Hitlers jeder Strichhaken von den feindseligen Beziehungen des nationalsozialistischen Agitatoren

Körtheit über Mord zu Hitler spricht. Schlimm ist, daß sich die homosexuellen Führer überaus mit ihrem Vorgesetzten umgeben. Schulz erklärt weiter, es sei so mittlerweile in der Partei gekommen, daß von marxistischer Seite die Nachricht bekannt wird, daß Sie, hochverehrter Führer, auch homosexuell sind. Schließlich vertritt Schulz den Reichstagsabgeordneten Georg Straßer der Aufrechterhaltung betrüblicher Beziehungen zu seinem aus der Partei ausgeschlossenen Bruder. Um das herauszufindern, habe Schulz am 26. Mai 1934 1100 Mark in Originalscheiben von Georg Straßer an seinen Bruder geschickt. Es sei ihm jedoch nicht gelungen, den Inhaltspunkt zu bekommen.

Dieser Kampf der KPD wird als Fort der Erntestreik geachtet! Der Korruptionssturz ist jedoch eine zwingende Nebenbedingung der engen Verbindung dieser Partei mit der Großkapital, die korrupte Parteien braucht, um die existenziell nationalrevolutionären Elemente einzufangen und kommandiert zu können. Der unermüdete Kampf der kommunistischen Partei um die Auflösung der trotzkistischen Massen ist untrennbar verbunden mit der Organisation der entscheidenden Schritte des revolutionären Proletats, der nun einer Sonderfront trotzkistischer Führer gegenüber

Breitscheidt schreibt einen Schreibebrief

Herr Breitscheidt hat als Vorsitzender des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Schreibebrief an Brüning geschrieben, der die Hoover-Aktion zum Anlaß nimmt, den Reichsfiskus aufzufordern, um nicht in Verhandlungen mit der SPD über Abänderungen der Rotverordnung einzutreten. Das politische Bemerkenswerte an diesem Brief ist, daß entgegen dem Gehörte auf dem Leipziger Parteitag und den überhörseligen Deklamationen anlässlich der Aussprache über die Einberufung des Reichstages der Sozialdemokratie jetzt lautet, daß sie mit dem politischen und finanziellen Zweck des Brüning-Diktates vollkommen einverstanden ist.

Daran wird nichts geändert, wenn es in dem Brief heißt, daß die „einflussreichen Abwehrkreise der Rotverordnung gemindert und die härtesten Steuererhöhungen gelockert werden“ sollen. Das sind doch alles Redensarten. Was ist entweder für die Rotverordnung oder gegen sie. Ich überlasse es Ihnen, die „Vormoder“ in eigener Stellungnahme zu diesem Brief festzusetzen.

„Die Fraktion verlangt nichts Unmögliches. Sie nimmt auch den Hoover-Plan nicht zum Anlaß, neue Forderungen zu stellen.“

So wenig wie vor der amerikanischen Aktion will die sozialdemokratische Fraktion danach den Zweck der Rotverordnung gelassen.

Es ist daher ettel Heuchelei, wenn in dem Brief Breitscheidts davon die Rede ist, daß die werktätigen Schichten „einen

berechtigten Anspruch darauf haben, daß ihnen künftig alle Verbesserungen zugute kommen.“

Man kann nicht das eine und das andere, nämlich — bei Ausbeutungswort der Rotverordnung nicht gefährden wollen — um gleichzeitig alle möglichen Verbesserungen durch die Hoover-Aktion den Massen zu verschaffen. Genau wie die Kapitalisten leicht, erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß nach wie vor alle Abänderungen Deutschlands auf die Sicherung der öffentlichen Haushalte gerichtet bleiben müßten.“

Das heißt mit anderen Worten: Verbeibehaltung und Festlegung der Politik verächtlicher Massenbeachtung bei gleichzeitiger Steuererhöhung für die heulende Klasse. Das aber ist gerade, was die Massen nicht länger dulden werden. Nicht Ziele an sich, Brüning braucht das wertvolle Volk, sondern ein Hebel von Gehirnen und Willen im außerparlamentarischen Kampf gegen den Hungerlaster der Brüningregierung.

Im Sachsenlandtag SPD und Nazis gegen proletarische Gefangene

Dresden, 25. Juni 1934

In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der kommunistische Antrag auf Erlass einer Amnestie für alle politischen und Reichsflüchtlinge, sowie für Verurteilte gegen §§ 218, 219 abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur SPD und KPD. Die Sozialdemokraten stimmten jedoch gemeinsam mit den Nazis für die kommunistischen Anträge auf Verbesserung der Behandlung der Gefangenen und der Erhöhung der Zahl der Juristen ab.

Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtages wüßte nicht die kommunistischen Anträge zurecht zu weisen, die Rotverordnung ab, die gleichzeitig die Nichtdurchführung der einzelnen Maßnahmen in Sachsen verlangen. Während der Vertreter der kommunistischen Fraktionen ganz klar aufzeigte, daß ein solcher Protest einem Massenstreik gleichkomme und verlangte, daß Schicksal von sich aus die den Ländern überlassenen Maßnahmen nicht zur Durchführung bringt, schloß die SPD offen eine Front mit den Nazis. Sämtliche Parteien „erwiderten“ die kommunistischen Anträge, indem sie sich auf einen gemeinsamen Antrag von den Nazis bis zur SPD einigten, der das Mandat Schicksal in der Frage der Rotverordnung verlor. Dieser Antrag beantragt sich mit einem bloßen Protest bei der Reichsregierung und der Forderung auf „sofortige und gründliche Abänderung“. Auf diese Weise wird die Schicksal-Regierung völlig entlastet. Dieser Zweck des Antrages kam besonders deutlich zum Ausdruck, als der kommunistische Vertreter betonte, wenn das Schicksal-Kabinett die Verweigerung der Durchführung der Rotverordnung nicht ausspricht, müsse es eben durch Auflösung des Landtages gestürzt werden. Abgeordneter Ebel erklärte daraufhin für die SPD, eine Neuwahl wegen dieser Fragen käme für sie nicht in Betracht.

Bei dieser entscheidenden Beratung zeigte sich eine klare Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten zur Stützung des Schicksal-Kabinetts.



Die „Gorgen“ der Bourgeoisie

Die „Gorgen“ der Bourgeoisie... Nette Volkst... Ein Briefchen der Dresdner Nachrichten mag jüngst folgen...

Der Raub an den Fürsorgeempfängern

Hungerration wieder gedrosselt

Antwortet durch Massenaufgebot zum Großwerbtag für Partei und Arbeiterstimme am Sonntag, dem 28. Juni!

Der Abschnitt der neuen Noteordnung über die Fürsorgepflicht... Die Neuregelung der Fürsorgepflicht bedeutet für alle Wohlfahrtsempfänger ungetreue Verschlechterungen...

bei der gegenwärtigen Einschätzung des notwendigen Lebensbedarfs der Arbeiterfamilie durch die Brüning-Regierung? Ruderstimmungsfrage sind nur Kosten der Wochenfürsorge...

Heute Funktionärkonferenz für Dresden

Donnerstag, den 25. Juni abends 12.30 Uhr im Besonderen, Wallberstraße, Alle Sol., Org., Kattprop. und Gewerkschaftsleiter der Betriebs- und Straßenzellen...

Gab er schon Vorstoß aufs 3. Reich?

Berengere Woche fand eine Versammlung der Nazis im... Der Herr Kraus behauptet, daß er offen für die NSDAP Propaganda treibt.

Schwere Verkehrsunfälle

Schwere Kopf- und Beinverletzungen erlitt ein auf der Wintergasse wohnhafter Verkehrter, der am Dienstag in der 17. Straße mit seinem Auto in Richtung Stephansplatz fuhr.

Schwer verunglückt

In Altpfeifen mußte am Dienstagabend ein fünfjähriges Mädchen nach der Kinderheilstätte gebracht werden.

2 Personenausos überfahren Radfahrer

An der Nächststraße wollten von der Köpen- und Leipziger Straße kommend, gestern abend 2 Personenausos zu gleicher Zeit einbiegen.

Beim Vorkühleren schwer verunglückt

Am Freitag und Samstag ereignete sich am Mittwoch gegen 12 Uhr ein schwerer Verkehrsunfall. Der Radfahrer Rudolf Weidlich fuhr dicht hinter einer Straßenbahn die Freiburger Str.

Was ist hier los?

Heute dieser Vorkühleren brachten mit einer Mitteilung über das Fischen eines Kapitells in der Dresdner Polizei. Dabei ist ein Fehler unterlaufen.

„Der Kurs“

In den U.S. Verhältnissen wird ein Film gegeben, der wieder wie so oft schon, die bürgerliche Ehe und ihre Ausweglosigkeit behandelt. Hier spielt Greta Garbo die Frau eines reichen Industriellen...

Die schwarze Rasse führt zur roten Front!

Die neue KZ ist eine Sondernummer über das Loben und den Kampf des Negro-Proletariats der ganzen Welt. Die Sondernummer wird eingeleitet durch einen Artikel von J. W. Ford...

Wer zeigt den Ausweg?

Erst hat ausgelacht und ist entlassen worden. Die Notverordnung raubte ihm die letzte Unterstützung. - Diese Geschichte schreibt Georg W. Bijet in der Juli-Nummer des Magazins für alle. Die Leser werden aufgefordert, sie weiter zu dichten.

Wer zeigt den Ausweg?

Erst hat ausgelacht und ist entlassen worden. Die Notverordnung raubte ihm die letzte Unterstützung. - Diese Geschichte schreibt Georg W. Bijet in der Juli-Nummer des Magazins für alle.

Raubüberfall

Von einem Reitturmer heimkehrend wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in der 2. Straße ein Oberleutnant a. D. auf der Großenhainer Straße überfallen und niedergeschlagen.

Denk-Spartakiade im Calenpiegel

Die Juli-Nummer des Calenpiegels bringt ein Preisausgeschrieben, an dem sich alle roten Sportler und darüber hinaus alle Freunde des Arbeiterorts und des Calenpiegels beteiligen müssen.

Der neue „Rote Stern“

Wir verweisen schon heute unsere Leser darauf, daß am kommenden Sonntag die neue Nummer des Roten Stern unter Leitung des Verlags, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

Wer zeigt den Ausweg?

Erst hat ausgelacht und ist entlassen worden. Die Notverordnung raubte ihm die letzte Unterstützung. - Diese Geschichte schreibt Georg W. Bijet in der Juli-Nummer des Magazins für alle.

Heraus zum Großwerbetag am 28. Juni 1931!

Die Mitglieder der KPD und der überparteilichen Organisationen stellen in folgenden Lokalen 8.30 Uhr:

Stadtteil 1:
 Zentrum: Stiftshof
 Friedrichstadt: Restaurant Müller
 Löbtau: Bürgergarten
 Plauen: Gute Quelle
 Cotta: Brauerhof, Ecke Ackerweg- u. Kesselsdorfer Str.
 Briegnitz: Lehmburg, Ecke Meißner Landstraße
 Naußlitz: Restaurant Standfuß
 Ab 16 Uhr Bekanntgabe der Werberesultate im Bürgergarten

Stadtteil 3:
 Dobritz: Gasthof Dobritz
 Laubegast: Meißners Restaurant
 Leuben: Restaurant zum Hirsch
 Lockwitz: Wilhelms Restaurant
 Niedersedlitz: Restaurant zur Wartburg
Stadtteil 4:
 Knappers Restaurant, Lorsch-, Ecke Wartburgstraße
 Restaurant Erdkugel, Markgraf-Heinrich-Platz
 Restaurant Droschütz, Wittenberger, Ecke Dornblühstraße

Restaurant Daheim, Mai-, Ecke Tauscherstraße
 Rest. Glashütter Hof, Glashütter, Ecke Lauensteiner Str.
Stadtteil 5:
 Rest. Fichtenhof, Johann-Meyer-, Ecke Fichtenstraße
 Rest. Antonstädter Kasino, Tal-, Ecke Louisestraße
 Rest. Alaugarten, Alaugartenstraße
 Rest. Stadt Werdau, Rähnitzgasse
 Rest. Polters, Torgauer Straße
 Rest. Barbara-Schänke, Barbarastraße
 Rest. Elbschlösschen, Kötzschenbrodaer Straße
 Rest. Schiffswerft, Uebigau.

Schmidt, das antibolschewistische Paradedepferd

(Arbeiterkorrespondenz 1418)

Am 12. Juni fand im Gasthof Dobritz eine Mitgliederversammlung der SPD statt, in der zahlreiche Besuche erwartet wurde und Gaste willkommen waren. Etwa 80 Personen, darunter viele Kommunisten, waren erschienen, um das „Referat“ Schmidts über: „Keine Erbschaft in Sowjetrußland“ zu hören. Und es war allerhand, was man zu hören bekam. Einige Mitleidseleiern mußten wir wiedergehen:

Erstens: Die Frauen der Berliner Kollegen kamen in leuchtenden Sammanteln und Seidenkleidern, um nach Rußland zu fahren. (Als der Konium seinen diesjährigen Unterhaltungsabend unter dem Motto einer Modenschau durchführte, empfahl man den Arbeiter auch leidene Kleider als sogenanntes gutes Kleid. Warum also die Aufregung?)

Zweitens: Der „Bresburger“ Haken zerfällt. (Das ist frecher Schwindel. Er wird im Gegenteil ausgebaut und heißt der Leninigrader Haken.)

Drittens: In Rußland wird jeden Tag Politik gemacht, es ist zum Ahehen. (1) Gerade dieses Politisieren befähigt ja die Massen ihre Erregungszustände zu erhalten und auszubauen. Wenn die deutschen Arbeiter sich etwas mehr um die Politik kümmern würden, hätten sie längst ihre Ausbeuter zum Teufel gejagt. Aber der Spießer ist „gegen“ Politik.)

Viertens: Die Wohnungen in Leningrad sind verwannt und verfault. (Wie ob es die nicht auch in Deutschland gibt. Sogar in Dobritz! Bau- und Sportverein auf der Friedrich-Engels-Strasse gibt es Wangen genug.)

Fünftens: Jeder Deutsche kann jetzt Brot kaufen als er will. In Rußland nicht. (Wir sind in Deutschland jetzt auch so weit, daß der Erwerbslose nicht mehr soviel Brot kaufen kann als er will, sondern er muß mit seiner Hungerunterstützung gar mächtig Kohldampf schlucken.)

Das und noch mehr solche Währchen waren die Argumente, mit denen sich Schmidt eine Stunde lang abmühte, seinen guten Tönen an Rußland zu lassen. In der Diskussion, die nur von den Kommunisten bestritten wurde, sprach auch ein Genosse, der in Rußland war und ein wesentlich anderes Bild von Rußland entwarf. Um die Diskussion abzumildern, machte der aus Leuben herbeigeholte Lehrer Weigel Schluß der Debatte beantragten. Ihm blieb es vorbehalten, in die bisher lahmlich geführte Dis-

an die Vermaltungsbesitzleistung Leuben in einem Brief vom 3. Dezember 1930 aus Rußland u. a.:

... Und nun stellt Euch vor! Die angeblichen Genossen Talke und Schmidt lobten auch am Sonnabend hier ab. Es ist unsere Pflicht, Euch über die Haltung, die Motive und Gründe dieser Nichtgenossen zu ihrer Abfahrt zu unterrichten. ... Waren die Gründe so überzeugend, daß sie wieder nach dem falschen Deutschland fahren mußten? Wir fragen nein! Sie selbst haben sich unmöglich gemacht. ... Wir rechnen damit, daß diese feinen Dilettanten gegen die kommunistische Idee ankämpfen werden. Hier setzte sich, welche Gefühle Kinder beide sind und daß sie vom sozialistischen Aufbau und vom Sozialismus nicht die geringste Ahnung haben. Talke selbst machte sich im Betrieb schon gegen die russischen Genossen unhalbar. Sein Auftreten zeigte nur von einer herrischen Einstellung. Schmidt dagegen glänzte öfters durch Unwissenheit. ... Krüß wollte er nach Deutschland fahren, abends blieb er in der Sowjetunion. Kein Wunder, wenn besonders die Parteiführer an keinem Verdachte zweifeln. Den Höhepunkt erreichten beide mit einem dritten an einem Sonntag. Mit voller Priesterliche ging es von Kneipe zu Kneipe. Zum Schluß ging die Kneiperei zwischen den beiden Freunden los. Die Spuren von den Pfaffen und Schlägen zeigten von dem heutigen Gesicht. Selbst die rote Wille makte einpimpfen, um Ordnung unter den „Intelligenz-ten“ Deutschen zu schaffen. Als die Schlichte zu Ende war, schlug jeder in seinem Sinne eine andere Richtung ein. Talkes Verbleiben entzog sich unserer Kenntnis, er stand zwei Tage auf der Verhüllnisse. Schmidt dagegen landete gegen Morgen in seiner Abteilang und verbrachte die kurze Nacht im Sande vor der Trudenkammer. ... Da könnt Ihr Euch nun vorstellen, wie tief belächelt er für uns Deutsche war, diesen Standal von unseren russischen Arbeitern anzuhören. Da sie nun ihre Front erdichtet haben, blieb ihnen nichts weiter übrig als die Ausfahrt. ... Bemerk! Ich noch, daß kein Wort von diesem Brief umzusetzen ist, sondern sie sich auch durch Unge, Verleumdung und Verdrehung zu rechtfinden versuchen. ... Von uns sind sie geschnitten. ...

Das sind die Kronzeugen der SPD-Führer, um an den Aufenthalt zu sehen. Arbeiter, erkennt daraus, was echt und falsch ist! Sozialdemokratische Kronzeugen, laßt euch in eurer Empathie für Sowjetrußland nicht manövrieren. Der Juno uns, zur KPD!

Kassiererkonferenz im UB Dresden

Am Sonnabend, 27. Juni, 18 Uhr, findet in Dresden im Keglerheim, Friedrichstr., eine Kassiererkonferenz für den gesamten UB Dresden statt. Alle Ortsgruppenleitungen sorgen dafür, daß die Kassierer vertreten sind. **Bezirksleitung, Abt. Kasse.**

Einigen der Kräfte Ton hineinzubringen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Weiterführung der Diskussion, weil auch die Kräfte mit abstimmen. Dazwischen großer Sturm bei einigen SPD-Kassierern und die Versammlung wurde fast gänzlich erschollen. Wir konnten feststellen, daß auch eine ganze Anzahl SPD-Genossen und parteilose Arbeiter mit uns für Weiterführung der Diskussion stimmten. Dieser lahmlichen Diskussion konnte man keine lothlichen Gegenargumente entgegenstellen, deshalb diese Methode. Die SPD hat sich damit selbst in das richtige Licht gesetzt. Nun einigen zu dem „Referent“ Schmidt von der KPD. Wer ist Schmidt? Er drückte sich zu Beginn seines Vortrags, daß er jahrelang Mitglied der KPD gewesen sei. Wichtig ist, daß Schmidt noch bei seiner Partei nach Rußland ein-geleitertes Parteimitglied war. Doch was er sich drüben leistete, das machte ihn nicht mehr wert, länger Mitglied der KPD zu sein.

Es schreibt Genosse Helmert aus Rußland an die Ortsgruppe Dobritz am 14. Dezember 1930 u. a.:

Die Genossen Schmidt und Talke aus Aischewitz haben uns hier böse blamiert mit ihren Währchen. Sie sind nicht wert, mit ihrer Einstellung noch in der KPD zu bleiben. Es ist doch allerhand, wenn sie gedacht haben, hier bloß Rubel zu verdienen und zu verlangen. Alles andere kümmert sie nicht. Bloß jede Kleinigkeit an die große Glocke hängen und dann die erdärmlichsten Briefe nach Deutschland zu schreiben, ohne sich erst zu vergewissern, warum manches nicht gleich in ge-Klapp hat. Also Ihr müßt, wie Ihr Euch ihnen gegenüber zu verhalten habt.

Wahrheit schreibt die Zellleitung der deutschen Genossen

Bund revolution. bildender Röntler organisiert die Arbeiterzeichner

Die neue Abteilung der Affektion revolutionärer bildender Röntler ist notwendig, um die politische und künstlerische Erhaltung von Kräften aus dem Proletariat zu erleichtern, um die Bekanntheit unserer Agitation und Propaganda durch Kunst zu steigern.

Die Verbindung der revolutionären Berufskünstler mit dem Arbeiterlatenzeichnen und malern ist wichtig, um der KPD als zukunftsweisenden Organisation, durch die Heranziehung immer neuer Kräfte aus dem Proletariat, eine verbreitete Maßnahme zu geben.

Die Arbeit der Sektion der Arbeiterzeichner und maler kann nur im engen Zusammenhang mit den Erkenntnissen und Erfahrungen des revolutionären Marxismus-Leninismus erfolgen. Zusammen mit allen anderen revolutionären proletarischen Kulturorganisationen müssen die Arbeiterzeichner gegen alle Formen des Kulturformalismus der Kulturreaktion kämpfen.

Arbeiterzeichner, vor die Front! Erster Kuriaabend findet am Dienstag dem 30. Juni 1931 Uhr in der JKB, Poppitz, statt.

Meinen. Am Dienstag nachmittag hat hier der 33 Jahre alte Erwerbslose Albrecht versucht, seine Angehörigen mit einem Beil zu erschlagen. Der Grund zur Tat ist noch nicht bekannt. Albrecht, der auch im Besitz einer Schusswaffe sein soll, ist gefährlich. Er ist 1,82 groß, schlank, bartlos, trägt hellbraunes Jackett, schwarzweiss gestreifte Hose und schwarze Schnürschuhe. Nach einem von ihm hinterlassenen Zettel besteht die Möglichkeit, daß er Selbstmord verübt hat.

Streckenbahnadrien. In der Nacht vom 25. bis 26. Juni von 1.30 bis 4.40 Uhr verfehlen wegen Oberleitungsarbeiten am Trudenberger Platz die Wagen der Linie 12 nur bei Trudenberger Platz. — In der Nacht vom 26. zum 27. Juni von 24 bis 5 Uhr werden wegen Bauarbeiten in der Freiberger Straße nachwärts umgeleitet: Linie 7: zwischen Volkplatz und Kesselsdorfer Straße über Ostra-Allee, Weihen- und Söhner Straße. Linie 20: zwischen Volkplatz und Kesselsdorfer Straße über Weihen- und Söhner Straße.

Sieg zur Elternratswahl

Viele Proletarischer Schulkampff gewinnt 2 Sitze
 (Arbeiterkorrespondenz 1408)

Stand-Ordnung. Die am Sonntag dem 21. Juni halbtägigen Elternratswahlen erbrachten folgendes Ergebnis:

Proletarischer Schulkampf ... 186 Stimmen 2 Sitze (6)
 Gewerkschaftslist. d. KPD ... 161 Stimmen 4 Sitze (6)
 Christlicher Elternverein ... 250 Stimmen 5 Sitze (5)

Die viele Proletarischer Schulkampf war hier zum erstenmal zur Aufstellung und erhielt einen beachtlichen Erfolg.

Achtung! Radebeuler Jungarbeiterchaft und GAZler!

Heute Donnerstag findet im Restaurant Schärle eine öffentliche Jugendverammlung statt mit Gründung einer KJ-Ortsgruppe. GAZler sind auch gleichmäßig eingeladen.

Ortsgruppen, die den Ernst der Situation noch nicht verstehen

Folgende Ortsgruppen hatten am 23. d. M. ihre fällige Abrechnung noch nicht an die Bezirksstelle eingereicht, obwohl das schon bis zum 10. d. M. geschehen soll.

UB Bautzen: Bernstadt, Döberitz, Eisau, Lützendorf, Neulich, Oberderwitz, Zittau.

UB Dresden: Coswig, Cospmannsdorf, Großbrodowitz, Gottsche, Hagau, Heidenau, Hermsdorf b. Radeberg, Kaufmann, Langebrück, Langburkersdorf, Radebeul.

UB Freiberg: Bräunsdorf, Nauendorf, Oberbischheim, Seiffen.

Wir hoffen, daß das das letztmal ist, daß wir diese Ortsgruppen öffentlich mahnen müssen. Unsere politischen Aufgaben lassen es nicht zu, daß durch solche Unpünktlichkeit die Parteiarbeit erschwert wird. **Bezirksleitung, Abt. Kasse.**

20 Prozentige Brotpreiserhöhung!

Bautzen. Seit Montag ist der Brotpreis in Bautzen abermals erhöht worden, und zwar um 3 Pfennig für ein Bierplundbrot. Damit ist der Brotpreis binnen kurzer Zeit dreimal gesteigert worden, von 55 auf 67 Pfennig. Auch ein Beitrag zur Preissteigerung!

Schluß des redaktionellen Teiles

Hier wird überholt geschrieben. Das können natürlich nicht viele Betriebsräte in Deutschland von 1931 lesen. In der glücklichen Lage, zu lesen von Arbeiterbeschäftigung zu geben, bleiben sich die Arbeiterparteien. In den Betrieben in Berlin in Berlin und in Berlin bei Berlin waren sie für den Arbeiter-Jugendrat in der Arbeiterjugend von 10 Pfennig, eine wie die andere gleich immer, gleich gut und gleich schön, hergestellt. Die nächste Entscheidung der Arbeiterjugend drohte dem Arbeiterjugend einen etwas anderen Weg. In Berlin und Berlin lesen sich die Arbeiter an der „Kommunist“, viele proletarischen Arbeiter-Jugendrat in 10 Pfennig, gestützt. Das Ausland liegt in immer härteren Lage nach der veränderten Welt. Nach Schrecken, Tümelung und Notwegen, Millionen, Arbeiter-Jugendrat und nach dem sozialistischen Staat werden die Arbeiter-Jugendrat organisiert. Wenn ich nicht die Macht nach unvollständigen Teile von Deutschland mit den viel erlangten Arbeiter-Jugendrat verliert sich, können die Arbeiter-Welt, das Aus-landsgeld nach nicht in hart pflegen. Das bald werden sie leben in der Lage sein, denn häufig werden die Arbeiter-Jugendrat vergrößert und die Arbeiter-Jugendrat vergrößert. Das heutige Arbeiter aber nicht mit der Arbeiter-Jugendrat wissen, daß er die Arbeiter-Jugendrat in dem fast gleichzeitigen Teile von 10 Pfennig, denn auch häufig erfüllt. Die ständige Hilfe für den Arbeiter-Jugendrat aber 10, daß es, 250 Pfennig Arbeiter-Jugendrat mit Arbeiter Brot geschenkt haben und 5 Pfennig über Tarif bezahlt werden.

Hermann Remmele, m. d. r. spricht in 3 großen Kundgebungen

am Dienstag dem 30. Juni über: „Hunger im Land — Krieg vor der Tür!“
 Der Führer des Kampfbundes gegen den Faschismus Deutschlands spricht

„Ballhaus“, Dresden-N., Bautzner Straße. 2. Referent: Gen. Ew. Blau
 „Keglerheim“, Friedrichstraße. 2. Referent: Gen. Bruno Siegel, M. d. L.
 „Gasthof Wöllnitz“, Löbtau. 2. Referent: Gen. Johann Knöchel, M. d. R.

Zur Demonstration stellen: VB 1 um 19 Uhr Freiberger Platz und um 18.30 Uhr Eberplatz; VB 2 um 19 Uhr Holbeinplatz; VB 3 um 18 Uhr Alt-Leuben; VB 4 um 18.30 Uhr Markgraf-Heinrich-Platz; VB 5 um 18 Uhr Leisniger Platz und um 18.30 Uhr Bischofsplatz

Alle 3 Kundgebungen beginnen 20 Uhr - Der W... beträgt für Vollarbeiter 40 Pfennig, für Erwa...

NUR FREITAG

FREITAG SPAR-ANGEBOT

Das beliebte Sport Hemd aus gutem Oxford

wie Abbildung mit festem Kragen und passendem Bänder

2.90

HERMANN TIETZ

Rund um den Erdball

Reaktionärer Universitätsprofessor fordert weiteren Versicherungsabbau

Wer hungert, braucht keine Zähne

„Notwendigkeiten für Schauspielertinnen bedeutet Luxus für Keimachefrauen“

Schon in der Schule wird gelehrt...

Die Zahnpflege und Gesundheit erkrankter Gebilde von außerordentlicher Bedeutung sind, ist heute allgemein bei der Bevölkerung geworden. Schon in der Schule wird gelehrt, daß frische Zähne zahlreiche Krankheiten verursachen können und daß das Weichsein ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtorganismus ist. Besonders für die Arbeiterklasse sind gesunde Zähne von großer Bedeutung. Weniger aus kosmetischen Gründen, als aus der Notwendigkeit heraus, die für die tägliche gemessenen Nahrungsmittel durch vollkommene Ausnutzung des Kauaktes bis ins Letzte zu verwerten.

Die Praxis der gesundheitlichen Versorgung steht jedoch in keinem Verhältnis zu der massenhaften Reaktion, gewöhnlicher Interessenten. Welt mehr als 50 Prozent der Arbeiterkinder haben keine eigene Zahnbürste, die Anläufe systematischer Schulzahnpflege werden allerorts rüchlos geduldet, von einer planmäßigen Behandlung der Erwachsenen durch die Kassen kann keine Rede sein und schließlich werden sich auch hier in verheerendem Umfange die Kassenleistungen der Notverordnung gelöst.

Zahnärztliche Unverfrorenheiten

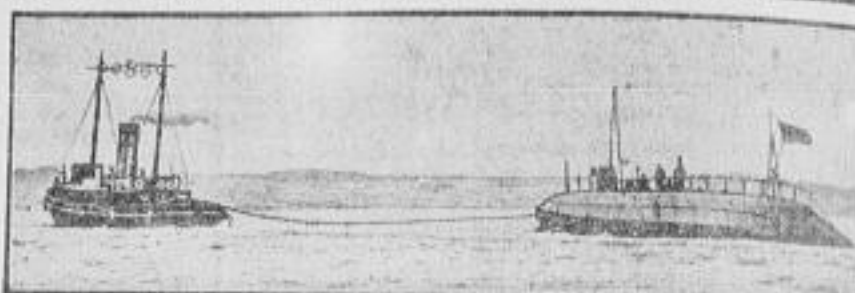
Die weitestgehende Mehrheit der Zahnärzte steht wie ihre ärztlichen Kollegen im Lager der sozialen Reaktion. Sie in erster Linie verlangen weitere Einschränkung der systematischen Schulzahnpflege, Schließung der Kassenabteilungen. Nicht das Interesse der Gesundheit des Volkes, sondern die Vergrößerung ihres Profits ist maßgebend für ihr Tun und Handeln. In der Zeitschrift für Gesundheitsverwaltung und Gesundheitspflege, Heft 9, 1931, artikuliert Herr Professor Morai-Kosch über Erhaltungsmöglichkeiten bei zahnärztlichen Maßnahmen. Seine Ausführungen lesen letzten Endes darauf hinaus, dem Kassenpatienten alle Ergebnisse moderner zahnärztlicher Wissenschaft zu verweigern. Das Kassenkind hat Moral in den meisten Fällen für überflüssig, abgesehen gerade dieses allen Praktikern zur Stellung schmerziger Diagnosen unentbehrlich geworden ist. Der Autor kommt dann auf die Bedeutung der zahnärztlichen Orthopädie (Zahn- und Kieferorthopädie) zu sprechen. Er schreibt wörtlich: „Dabei ist die Methode so weit ausgebaut, daß die Maßnahmen ohne Beschwerden für die Kinder ertragen werden können, alle Hilfsmittel, wie bekanntlich gute Ernährung, Aufenthalt in Höhen usw., nicht mehr notwendig sind.“

Bei den Kindern, bei denen sich eine Regulierung notwendig macht, handelt es sich fast ausschließlich um Proletarierkinder. Zunächst und drastisch ist angeht die unabweisbare Notwendigkeit, daß es ein Anschlag auf die ohnehin schon dürftigen sozialen Einrichtungen unter der Maske der Wissenschaft gerichtet werden. Prof. Morai ist der Ansicht, daß „unter Umständen“ die Kassen auch vollständigen Metallzahn (Kro-

nen, Brücken usw.) leisten sollten. Aber es kommt auf die besondere Lagerung des Falles an, denn für eine Schauspielertin z. B. werden an die Kostüm des Zahnarztes andere Anforderungen zu stellen sein, wie etwa bei einer Keimachefrau! Und bei einem Lehrer z. B. wäre man bedenkenlos der Herstellung eines vollständigen Zahnersatzes aus Gold auf öffentliche Kosten das Wort reden. Als weiterer Abbau der schon jetzt ein unqualifizierter Behandlung der Werttätigen und ihrer Kinder, aber alles für die zur Bourgeoisie zählenden Schichten, Klassenmäßiger kann das Gebot bürgerlicher Wissenschaft kaum hervorgerufen werden.

Polar-U-Boot „Nautilus“ in Irland

Das Unterseeboot „Nautilus“, mit dem Wilkins zum Nordpol fahren wollte, erlitt bekanntlich auf der Fahrt nach England Maschinenschaden und mußte abgeschleppt werden. Daß die Einfahrt in den Hafen von Cork (Irland) in dieser Weise vor sich gehen würde, hatten sich die Polarforscher sicher nicht träumen lassen.



Jungenschinder Straube schildert sein Totschlägersystem

„Freundchen, wir sprechen uns noch allein!“

Das Topfkrakersystem als „enges menschliches Verhältnis zwischen Erzieher und Zögling“

5. Verhandlungstag

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Lüneburg, 24. Juni. In der Mittwochsverhandlung im Schenckensaal wurden zunächst mehrere Zeugen angehört, darunter die Erzieher Mancois, Dittmer und der Berliner Obermagistratsrat Knauth. Nachdem sie nach kurzem Verhör entlassen wurden, wird in der Verhandlung des Reichenschilders Straube fortgesetzt.

Nach wie vor bestritt er alle Mißhandlungen, trotzdem er bereits einmündig als Jungschinder überführt ist. Dieser Vorwurf bestritt sogar die Frechheit, mit dreierhundert auszuweichen, daß er in vielen Fällen die Jüglinge zurückgehalten habe, damit sie sich nicht gegenständig verhalten. Auch will er belächeln, daß ein Jüngling zum Schläger ernannt worden. Nach Meinung dieses gefürchteten Rednermannes lüden die angeklagten Jüglinge „sich nur für jede Kleinigkeit heraus“.

Vorliegender: „Was das Topfkrakersystem mündigenswert? Und was verstehen Sie darunter?“

Straube: „Ein enges menschliches Verhältnis zwischen Erzieher und Zögling wird allgemein als „Topfkrakersystem“ bezeichnet. Von den Schülern war dieses System verdrängt.“

Rechtsanwalt Dorementhal: „Wie stehen Sie zur Prügelstrafe?“

Straube: „Ich bin ein Gegner davon.“

Vorliegender: „Haben Sie jemand ermuntert, zu schlagen?“

Straube: „Nein.“

Vorliegender: „Sie haben doch nach dem 21. Februar die Jüglinge Andre, Holz und Dampf geschlagen?“

Straube: „Ich war nur überführt, daß Andre auch beteiligt war und habe lediglich zu ihm gesagt: Freundchen, wir sprechen uns noch allein.“

Alles nur Kleinigkeiten...

Der Vorliegender kommt dann noch einmal auf das Hassabschieden der Jüglinge zurück. Ganz erfüllt bekräftigt

In der Sowjetunion dagegen...

Wir sind der Ansicht, daß gerade jetzt der gesundheitliche Zustand der Arbeiterschaft eine besonders gute gesundheitliche Versorgung erfordert. Aus diesem Grunde organisieren wir Massenmärsche um Lohn und Brot, führen wir die Kassen zum Kampf gegen die Notverordnung, die auch die Krankenversorgung katastrophal verschlechtert hat. Wir sind der Ansicht, daß das Beste für den Proletariat gerade gut genug ist. Wir fordern daher den Ausbau der systematischen Schulzahnpflege nach dem Bonner System, was sich auch in der Sowjetunion auf das glänzendste bewährt hat. Wir verlangen systematisch auch in der Behandlung der Erwachsenen. Wir fördern bewußt die Gründung von Krankenfällenambulanz, weil wir wissen, daß hier noch vieler Mängel dem erkrankten Proletariat mancher Unternehmungen und Behandlungsmethoden zur Verfügung stehen, die im Privatkapitalismus verweigert werden. Wir erziehen im Rahmen der Gesamtsozialisierung auch die Bergeshaltung der Eltern und Zahnheilkunde. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich alle Werttätigen in voller Einheitsfront zur revolutionären Sozialistischen Zusammenfassung!

Dr. med. Dent. E.

Ozeanflieger nach Berlin unterwegs

Gestartet am Dienstag in Neufundland

Neufund, 24. Juni. Durch Funkpruch teilen die beiden amerikanischen Altkar Post und Gatty, die am Dienstag von Harbour Grace in Neufundland nach Berlin gestartet sind, mit, daß ihr Flug den programmmäßigen Verlauf nehme. Zur Zeit der Abgabe des Funkpruchs, 2 Uhr nachts MEZ, habe das Flugzeug eine Stunden-geschwindigkeit von 160 Meilen und Rückenwind.



Flieger Post und Gatty

Über den Start in Harbour Grace wird noch gemeldet, daß sich der Apparat trotz einer schweren Landung gut zum Erdboden erhoben hat. An Brennstoff haben die Flieger 500 Gallonen Gasolin an Bord, mit denen sie am Mittwochabend oder spätestens Donnerstag früh Berlin zu erreichen hoffen. Von Berlin geht der Flug weiter nach Moskau und dann über Kasaka nach Kanada. Ihr Flug um die Welt soll, wenn alles gut geht, in zehn Tagen bewerkstelligt werden.

Wirbelsturm in Brasilien

Sehn Personen getötet — 30 Häuser zerstört

London, 24. Juni. Nach einer englischen Meldung aus Rio de Janeiro wurde die brasilianische Stadt Sao Paulo de Careros von einem Wirbelsturm heimgesucht, dem zehn Personen zum Opfer fielen. Der Sachschaden ist bedeutend, etwa 30 Häuser wurden vollkommen zerstört.

Erdbeben in Neuseeland

Meldungen aus Wellington zufolge wurden verschiedene Bezirke Neuseelands am Dienstag von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Aufhebeln lagen die Städte Ruahua und Wairoa im Mittelpunkt des Erdbebengebietes, von wo erheblicher Materialschaden, jedoch glücklicherweise keine Menschenverluste gemeldet wurden.

Schienenzeppelin fährt nach Düsseldorf

Der Propellertriebwagen des Diplomingenieurs Krusenbergs, der Schienenzeppelin, wird voraussichtlich nur noch bis Donnerstag in Berlin bleiben. Es ist vorgesehen, den Wagen dann im Fahrplan mit gewöhnlicher D-Zuggeschwindigkeit über Flörsberg — Halbesandt — Goslar — Vöhrden — Ebersfeld nach Düsseldorf zu fahren.

Locomotive in den Fluß gestürzt

Schweres Unglück in Bulgarien

Sofia, 24. Juni. Der Schnellzug Kustschuk-Philippopol entgleiste am Dienstagabend auf der Brücke, die über den Fluß Bedritschka führt. Die Maschine stürzte in den Fluß; sämtliche Wagen blieben jedoch unversehrt auf der Brücke liegen, so daß ein großes Unglück vermieden wurde.

Das Maschinenpersonal der abgestürzten Lokomotive war rechtzeitig abgesprungen. Ein Felder trug schwere Verletzungen davon; mehrere Reisende wurden durch Glasplatt und Gefäßstücke leicht verletzt.

Drei Waggons mit Munition explodiert

In der jugoslawischen Eisenbahnstation Gradiska auf der Strecke Saloniki-Reschke explodierten drei Waggons mit Munition. Ein Mensch wurde getötet, zwei weitere schwer verletzt und verwundet eine.

Polizeibeamter als Amokläufer

Wie aus Tombala (Celebes) gemeldet wird, löst dort ein Polizeibeamter als Amokläufer drei Menschen und verwundete eine.

Germanisch: Wilhelm Dörflinger, Berlin.

Durch Brünings Notverordnung in Gruppe 3

415 M. Angestellten-Gehaltsraub

Das ist der Tribut der Behördenangestellten an das Truffkapital / Kämpft mit der KPD und der SPD!

Durch die neue Diktatorverordnung Brünings zur Rettung der Millionäre wird die Angestelltenchaft ebenso wie die Arbeiter und Beamten außerordentlich hart betroffen. Es erfolgt insgesamt ein Abbau von etwa 30 Prozent der Hungergehälter. Dazu aber werden die juristischen Sicherungen für die Angestellten vollkommen aufgehoben und einer späteren, noch brutaleren Abbaustufen Tür und Tor geöffnet.

Nach den Wünschen der Kapitalmagnaten sollen die Angestellten in ihrer großen Masse ebenso wie die Arbeiter auf das Lebensniveau der chinesischen Kulis herabgedrückt werden. Das ist die Absicht der Industrie- und Kaufmännige auf Kosten der Volksmassen, die Existenz des Großkapitals zu sichern. Aus dieser entscheidenden Bedeutung der neuen Diktatorverordnung ergeben sich zwangsläufig alle weiteren Konsequenzen.

Wir wollen an einigen Beispielen zeigen, wie die Behördenangestellten durch die neue Notverordnung in ein graues Elend herabgedrückt werden. Was für die Behördenangestellten gilt, gilt selbstverständlich auch für die Angestelltenchaft im Handel und in der Privatindustrie.

Nach den Angaben des Reichsanwaltschafters waren 25.000 Reichsangehörige wie folgt in dem Reichsangehörigenverzeichnis eingetragen:

| | |
|---------------|---------------|
| 2746 Gruppe 3 | 165 Gruppe 9 |
| 9008 Gruppe 4 | 733 Gruppe 10 |
| 6158 Gruppe 5 | 137 Gruppe 11 |
| 2802 Gruppe 6 | 18 Gruppe 12 |
| 1376 Gruppe 7 | 1 Gruppe 13 |
| 553 Gruppe 8 | |

Dazu kommen 402 Jagdnische und außerdem 1760. Nicht berücksichtigt sind dabei die Angestellten der Reichspost. Paragraph 5 der Notverordnung lautet:

Die Paragraphen 1, 2 und 4 gelten entsprechend für die

Angestellten im Reichsdienst, einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost. Im übrigen bleiben die Tarife und Einzelverträge in Kraft.

Die Diktatorverordnung bestimmt Paragraph 7, Absatz 1: Die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) sind berechtigt und verpflichtet, spätestens am 1. April 1931 ab die Dienstbescheide ihrer Angestellten und die Stundenzettel ihrer Arbeiter, soweit sie die Bezüge der entsprechenden Arbeitnehmer (Angestellte, ungelernete Arbeiter, angelernte Arbeiter, Handwerker usw.) im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost übersteigen, herabzusetzen.

Und im Paragraph 8 wird gesagt:

Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne dieses Kapitels gehören auch die Anstalten, Vereine und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts befin-

den und die Einrichtungen und Einrichtungen, deren Besetzung mit mehr als der Hälfte von solchen Unternehmungen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts betrieblen.

Durch diese Verordnung werden also die Tarifverträge der Angestellten, die einen ganz anderen Arbeitsverhältnis mit den Beamten unterliegen, kurzerhand außer Kraft gesetzt. Die Gehaltszüge, die nach dem Tarifrecht eigentlich Geschlossenheit haben, werden durch föhliche Diktatormaßnahmen gekürzt. Die ungeheure Empörung der Behördenangestellten, die sich nicht nur gegen ihren eigenen Lohn, sondern auch gegen die Gehälter der Arbeiter richten, ist nur zu berechtigt.

Beispiellose Hungergehälter

Welche Hungergehälter die große Masse der Angestellten haben, zeigt folgende Tabelle: Das Einkommensniveau in der Gruppe 3 beträgt einschließlich Wohnungsgeldzuschlag:

| |
|------------------------------------|
| für Gruppe 3 monatlich 134,50 Mark |
| für Gruppe 4 monatlich 148,50 Mark |
| für Gruppe 5 monatlich 182,98 Mark |

Von diesen Hungergehältern gehen nun ab die Sozialversicherungsbeiträge, so daß für 17.913 Behördenangestellte, von denen insgesamt vorhanden sind 25.000, ein jämmerliches Hungergehalt zu zahlen ist. Selbst die nach längerer Dienstzeit erlangte Pensionsberechtigung reicht natürlich bei weitem nicht aus, um den Kosten der Familie verbundenen höheren Ausgaben auch nur im entferntesten zu decken.

Die ungewöhnliche Wirkung der Notverordnung sollte man an der Gehaltsberechnung für die Gruppe 3 aufzeigen. Das Monatsgehalt in der Ortsklasse 3 beträgt:

134,53 RM. = 1617,00 RM. jährl.

7,89 RM. = 94,68 RM. jährl. 6 Proz. Kürzung durch Krankenkasse

5,39 RM. = 64,68 RM. jährl. 4 Proz. Kürz. d. Rentenversicherung

13,28 RM. = 159,36 RM. jährl. Gesamteinkommen

121,55 RM. = 1458,60 RM. jährl. Nettogehalt

Kritikfeuer und Arbeitszeitverlängerung

Kritikfeuer monatlich 1,21 RM. = 14,58 RM. jährl.

Arbeitszeitverlängerung monatlich 20,17 RM. = 242,04 RM. jährl.

zusammen: 21,38 RM. = 256,72 RM. jährl.

Gesamteinkommen (insges.) monatlich 34,66 RM. = 415,98 RM. jährl.

Netto Nettogehalt monatlich 100,17 RM. = 1202,04 RM. jährl.

Es bedarf wahrlich keiner vielen Worte. Diese Zahlen zu sehen, weiß ein erdennliches Dilemma die Behördenangestellten in der nunmehrigen Republik führen müssen. Geringfügig wird es, wenn nationalsozialistische, sozialdemokratische und sonstige bürgerliche Kreise den Berliner Haken so auf zu ein jähriges Ministerium betreiben als eine „Erleichterung“ zum einen Fleißig werden die Hungergehälter der Angestellten und Beamten dadurch erhöht. Ihnen werden abgezogen die 8 Prozent Kassensteuer plus 4 Prozent auf Grund der neuen Notverordnung und in ihrer großen Mehrzahl die Gehaltskürzung, die mit der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden 16 2/3 Prozent ausmacht. Insgesamt werden also mit der Kritiksteuer 27 1/2 Prozent der Hungergehälter oder 415,98 Mark im Jahr für die höchste Gruppe 3 in der Ortsklasse 3 gekürzt.

Das ist aber noch nicht alles. 1600 Angestellte der Reichsbehörden sollen 1931 zur Entlassung kommen. Daraus ergibt sich wie brutal das kapitalistische Deutschland gegen die Angestelltenchaft vorgeht. Alles im Interesse des Großkapitals. Die neue Bürokratie wird natürlich durch die Notverordnung nicht merklich beeinträchtigt. Ihre Einkünfte werden durch die Sozialversicherung und in ihrer großen Mehrzahl die Gehaltskürzung, die mit der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden 16 2/3 Prozent ausmacht. Insgesamt werden also mit der Kritiksteuer 27 1/2 Prozent der Hungergehälter oder 415,98 Mark im Jahr für die höchste Gruppe 3 in der Ortsklasse 3 gekürzt.

Was tun die Gewerkschaften?

Interessant ist die Stellungnahme der Angestellten- und Beamtenorganisationen zu dem ungeheuerlichen Angriff des Truffkapitals auf die Lohn- und Gehaltsempfänger. In den Kolonialländern und Eingebenen kommt immer wieder zum Ausdruck, daß sie bemühen die Beamten gegen die Angestellten oder Arbeiter, die Angestellten gegen die Verwaltungen oder Beamten, die Angestellten gegen die Arbeiter. So wird vom Reichsverband der Büroangestellten und Beamten und dem Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten gefordert, daß Brüning die Beamten in den Reihen der Arbeitlosenverflechtung heranzieht. Dieses freudvolle Spiel dient nur dazu, die einheitliche Kampffront gegen die Notverordnung zu unterbinden.

Die Masse der unteren Angestellten und Beamten dürfen sich in ihrem Willen zur Herstellung einer geschlossenen Kampffront mit den Arbeitern und den Verdienten in Stadt und Land nicht durch den schimpflichen Verrat der verräterischen Führer erschrecken lassen. Ihre Aufgabe muß es sein, Stellung zu nehmen gegen die gegenseitige Verhetzung und aktiv mitzukämpfen für die Herstellung der geschlossenen Kampffront gegen die Notverordnung.

Nur die Kommunistische Partei und die KPD sind es, die erklären, durch die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsplanes der KPD allein wird es möglich sein, den Lohn- und Gehaltsempfängern ihre Existenz zu sichern. Sie fordern Verfürgung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, den Siedehundenstand mit vollem Lohnausgleich und Weiterzahlung der früheren Löhne und Gehälter. Für diese Kampfbedingungen kämpft mit der KPD und der KPD!

Abgeordneter Genosse Sindermann:

Nur die KPD vertritt die unteren Beamten!

Der Genosse Kurt Sindermann sprach als Vertreter der kommunistischen Fraktion auf dem Verbandstag der hiesigen Schutzpolizistenbeamten und führte nach dem Signogramm des Verbandstages u. a. folgendes aus:

Wir haben keine Ursache, irgendwelche Umstände zu machen oder unsere Redensarten zu ändern, sondern wir nehmen das Leben wie es ist. Sie stehen im Dienste tagtäglich und müssen das ausbaden, was in der Arbeiterchaft kein Verständnis findet. Notverordnungen über Notverordnungen! Hat man mit solchen Notverordnungen schon einmal die Kraft getroffen, die diese Notverordnungen heraufbeschworen haben? (Sehr richtig!) Aber Sie sollen diejenigen sein, die am eigenen Körper die Notverordnungen spüren, nämlich am Gehaltsabbau der bestimmt mitbestimmen wird. Und auch hier hat der gehaltlose Führer. Es ist noch nicht demontiert worden, was — das hätte er allerdings nicht hin — als erstes unter Zentralorgan, „Die Neue Fahne“, veröffentlicht. Das Kadetten Brüning bereit erneut über den Gehaltsabbau der Beamten. Es ist noch nicht demontiert worden, und ich sage, es wird auch nicht demontiert werden. Und Sie werden schon in der nächsten Zeit erleben, daß diese Notverordnungen sich in derselben Linie bewegen, als viele andere große Lohnabbauaktionen unter der Arbeiterchaft auch die Beamtenchaft wieder treffen soll. Bei diesen Stoffschlägen auf Ihren Rücken soll für gleichzeitig dann andererseits der Verbitterung, der Wut, der Empörung in der Arbeiterchaft Stellung beziehen. Ich glaube, daß sich die Beamtenchaft darüber klar sein soll, daß sie sich nur bis zu einer bestimmten Grenze mit bewegen sollte, aber dann das Paroli aus den Stellen bieten soll, die verantwortlich sind für das, was an Härte und Erbitterung dann seinen Lauf nimmt.

Das sind Werte, die sehr ernst sind, weil sie den Beamten das praktische Leben helfen. Wir sprechen das ohne Umschweife zu Ihnen und meinen: Für uns sind nicht möglichen Notverordnungen oder etwas anderes, für uns sind maßgebend die Gehälter des Klassenkampfes, der der Arbeiterchaft und der Bevölkerung aufgegeben wird gegen die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Wir verpflichten Ihnen aber insofern und inwieweit alles, was

im Interesse der unteren Beamtenchaft ist, was zur Wahrung ihrer Lebenshaltung getan werden muß, werden wir mit uns aus auf alle Fälle mit den Kommunisten Wir sind es Ihnen schuldig, weil wir Sie als Teil des wertvollsten Volkes betrachten, der gegenüber einer oberen Klasse den oberen Lebens-

Brüning lacht

und Schicksal reißt sich die Hände — solange die unteren und mittleren Beamten die bürgerliche Presse lesen, weil sie dadurch nie über ihre wahre politische Lage aufgeklärt werden und sich über den Proleten erhaben fühlen. Erst die Notverordnungen haben ihnen die Augen geöffnet. Sie beginnen zu erkennen, daß sie in eine Front mit den Arbeitern und Angestellten gehören.

Jetzt ist es soweit! Zeigt ihnen den Ausweg, gewinnt sie als Mitglieder der KPD und Leser der Arbeiterstimme zum Großwerbetag am Sonntag den 28. Juni 1931!

taulend gegenüber letzten Endes in wirklich ernster und löhmerer Pflichterfüllung auf einem Posten steht, der ohne Zweifel auch von anderer Seite aus ernstlich bröckert und wahrgenommen wird. Wir wünschen auch aus diesem Grunde Ihrem Verbandstag und Ihren Forderungen, denen wir beistehen werden, den besten Erfolg! (Lebhafte Beifall.)

Christlicher Polizeibeamter kommt zur KPD

Das Ruhrrohr, unter Elener Brudersorgan, veröffentlicht den Brief eines christlichen Polizeibeamten, in dem dieser Beamte seinen Beitritt zur Kommunistischen Partei erklärt. In dem Brief heißt es:

Sehr geehrte ich um meine Aufnahme in die Kommunistische Partei Deutschlands. Als ehemaliger Polizei-Dezernatschef der preußischen Schutzpolizei und seitwärtiger Polizeikommissar habe ich mich eingehend mit den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielen der Kommunistischen Partei beschäftigt. Durch Vergleich verschiedener Art habe ich feststellen müssen, daß gerade von christlichen Standpunkt aus die großen Endziele der Kommunistischen Partei in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht unbedingt zu bejahen sind.

Das, worauf ich seit länger Zeit wartete, was ich immer wieder mit demselben Augen und mit einem klopfendem Herzen im Schrittmarsch der Partei suchte, das wurde nun endlich in dem erdennlichen Briefe ganz klar und deutlich ausgesprochen. Genosse Florin schreibt: „Ohne ein Jota von anderem materialistischen Standpunkt abzusehen, können wir auch (christlichen Arbeitern) mit ruhigem Gemüte erklären, daß auch nach der Übernahme der Macht durch den Bolschewismus in Deutschland allen Religionsbedürftigen die Möglichkeit zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse gegeben wird.“

Diese bestimnte Erklärung des Genossen Florin befreit die letzten Bedenken, die mich noch von der KPD fernhielten.

Sowohl ich seit zwei Jahren keiner organisierten Kirche oder Religionsgemeinschaft angehöre, ist für mich die Frage der absoluten Gewissensfreiheit in religiösen Dingen von nicht geringer Bedeutung. Um so mehr begrüße ich diese Klarstellung des Genossen Florin, welche nicht nur bei mir, sondern bei vielen christlichen Arbeitsbrüdern die letzten treuen Schranken beseitigt wird.

Indem ich Mitglied der Kommunistischen Partei werde, gelobe ich, daß letzten mein ganzes Leben, all mein Wissen und Können, nur noch allein meinen proletarischen Brüdern und Schwestern schenken soll. Der endlichen Befreiung des werktätigen Volkes aus Tyrannentum und Knechtschaft, von Unterdrückung und Ausbeutung soll künftig auch meine ganze Arbeitskraft dienen.

Nur die KPD allein ist heute die einzige Partei, welche Recht und Gerechtigkeit für die Armen und Unterdrückten, für die Ausgebeuteten und Entrechteten selbstbewußt anstrebt, und Führung bringen wird. Der Partei helfe ich es frei, diese Ziele ihrer Ausfüllung zu veröffentlichen. Indem ich mit den Worten schreibe: „Es lebe die kommende Weltrevolution und das neue Sozialdeutschland!“

zeichne ich

Johannes Kollbach, Christlicher, Kolbacher Str. 88.

Angestellte, Beamte! Lest die Arbeiterstimme!

Der Kommunismus in Bulgarien

Zum Wahlsieg der KP. Bulgariens

Der Ausgang der bulgarischen Wahlen ist ein Ereignis von großer internationaler Tragweite. In einem Lande, in dem seit acht Jahren die faschistische Diktatur in ihrer brutalsten Gestalt nicht regiert, sondern mietet — in einem Lande, in dem seit acht Jahren die Stimme der Volksmassen nahezu erstickt war, jede Anfechtung gegen die faschistischen Gewalten niedergehalten, jede Freizügigkeit der Meinungsäußerung und des Widerstandes mit beispiellosem Terror unterdrückt wurde, hat die verborgene und verfeimte, mit allen Hunden der Diktatur gehetzte und verfolgte kommunistische Partei einen einzigartigen, grandiosen Wahlsieg errungen. Sie hat ihre Stimmenzahl nahezu verdreifacht, ihre Mandatsziffer ist auf das Fünffache gestiegen. Weit über 1.800.000 Wähler haben offen und freudig, dem schrankenlosen Wahlrecht treu, ihre Stimme für den Arbeiter- und Bauernblock abgegeben. Es gibt in der Geschichte der Parlamentswahlen kein anderes Beispiel für einen so überwältigenden Wahlsieg einer unterdrückten und geachteten Partei.

Die werktätigen Massen Bulgariens haben der faschistischen Diktatur ihr Votum des Mißtrauens, des Hasses, des Kampfes und des Abscheues geschleudert. Der Bloß der Regierungspartei wurde im wahren Sinne des Wortes dezimiert. Er hat die Hälfte seiner Wählermassen und zwei Drittel seiner Mandate verloren. Die Regierung, die faschistische Diktatur, wurde durch den überwältigenden Ausdruck des revolutionären Aufschwungs der Massen hinweggefegt.

Nach den Ereignissen in Spanien und dem Ausgang der rumänischen Wahlen ist das Wahlergebnis in Bulgarien ein neuer Schlag gegen den Weltfaschismus. Die werktätigen Massen Bulgariens und Rumäniens haben an einer der wichtigsten Fronten des Weltkampfes zwischen dem Faschismus und dem Kommunismus, an der Balkanfront, an der Front der intensiven Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, eine entscheidende Durchbruchschlacht geschlagen und gewonnen.

Die vernichtende Niederlage der faschistischen Regierungspartei und der elementare Aufstieg der revolutionären Massenbewegung, der in dem Wahlsieg der Arbeiter- und Bauernblock seinen Ausdruck fand, sind für den Weltfaschismus ein alarmierendes Symptom der Krise und der rapide wachsenden Erschütterung der faschistischen Diktaturen. Die Massen haben mit ihrem Votum dem bankrottenden Faschismus Kampf auf Leben und Tod angelagt. Ihre demonstrative Hinwendung zu der verborgenen kommunistischen Partei ist eine Vorwarnung der nahenden unvermeidlichen Abrechnung mit der blutdürstigen faschistischen Diktatur.

Der Arbeiter- und Bauernblock, d. h. die kommunistische Partei, ist in der Tat als die stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. Sowohl die Regierungspartei wie auch der oppositionelle „Volkblock“ bestehen aus zahlreichen kleinen Parteien, die sich lediglich für die Wahlen zusammengeschlossen haben. Berücksichtigt man diese Tatsache, so kann darüber kein Zweifel bestehen, daß die kommunistische Partei die stärkste Partei in Bulgarien ist. Die bulgarischen Kommunisten haben es verstanden, im tiefsten Dunkel der Illegalität, unter dem lähmenden Druck der Verfolgungen und des Terrors die Führung des Kommunismus hochzuhalten als das aufsteigende und normativstrahlende Symbol der einzigen Hoffnung des werktätigen Volkes, als das leuchtende Signal des Sieges. Sie haben es verstanden, den elementaren Aufschwung der revolutionären Massenbewegung in das Strahlenfeld des Kommunismus zu lenken, die Führung und das Vertrauen der Massen zu erobern.

Die Wahlergebnisse zeigen ferner, daß die kommunistische Partei in allen Industriezentren des Landes, in Sliven, Buzjak, Plowdin, Sofia, Warna, Ruse u. a. unumschränkt an der Spitze marschiert. Das bulgarische Industrieproletariat steht in seiner gewaltigen Mehrheit hinter der kommunistischen Partei. Auch auf dem flachen Lande, der bisherigen Domäne der fruchtbarsten Demagogen und Abenteurer des sogenannten „Volkblock“, ist es den Kommunisten gelungen, eine tiefe Furchung zu schlagen.

Für die internationale Sozialdemokratie ist das bulgarische Wahlergebnis ein Signal ihres unvermeidlichen

„Neue Casten für die Massen“

Die „Brand“ über Bedeutung und Inhalt des Hooverplans

Moskau, 23. Juni. Aus Anlaß des Hoover'schen Vorschlags schreibt die „Brand“:

Das amerikanische Kapital versucht jetzt zum dritten Male, die Rolle des Retters des deutschen Kapitalismus zu spielen. Dieses Mal geschieht das Auftreten Hoovers unter viel schwereren Bedingungen für das amerikanische Kapital als in den Jahren 1924 bis 1929. Jetzt ist die amerikanische Bourgeoisie selbst um ihr eigenes Kapital stark beunruhigt. Aus diesem Grunde muß Hoovers Vorschlag nicht nur als eine Aufforderung zur Rettung des deutschen Kapitalismus gemeldet werden, sondern auch als ein Aufruf an die amerikanischen Bourgeoisie, gegenwärtig Opfer zu bringen, um nicht nachher noch viel mehr zu verlieren. Wenn im Jahre 1924 das amerikanische Kapital selbstbewußt darauf ausging, das deutsche Kapital auf Kosten seiner eigenen Besitztümer zu retten, ist es gegenwärtig dem deutschen Kapitalismus zu Hilfe, um sich selbst zu helfen.

Wir kennen noch nicht alle Einzelheiten des Hoover'schen „Plans“. Aber eins ist klar — Hoovers Vorschlag, den Teil der Jahreszahlung der Reparationssummen, die Deutschland Amerika schuldet aufzuschließen, bei gleichzeitiger Aufhebung der Zahlungen der verbündeten Länder an Amerika, ist nicht mehr als eine vorübergehende Hilfe für das deutsche Staatsbudget. Die Reparationszahlungen sind nur eine der Quellen der Finanzkrise Deutschlands, denn ihre Wurzeln liegen in der wirtschaftlichen Krise, die sich auf Grund der allgemeinen Krise des deutschen und des Weltkapitalismus entwickelt.

Hoovers Plan bringt den werktätigen Massen Deutschlands

und in erster Linie der deutschen Arbeiterklasse keine Erleichterung, befreit sie nicht von der Arbeitslosigkeit und von dem von Hunger bedrohten Hungert. Nur die proletarische Revolution kann die Arbeiterklasse retten. Der neue Rettungsplan für den deutschen Kapitalismus wird den deutschen Arbeitern neue Qualen und neue Leiden bringen.

Hoovers Vorschlag ist in Wirklichkeit gegen die französische Hegemonie in Europa gerichtet, aber er ist auch ein Schlag gegen die Bestrebungen Frankreichs, die finanzielle Hegemonie an sich zu reißen. Dieser Schlag muß neben dem unlängst erfolgten Schritt Englands gegen Frankreich in Oesterreich, im Zusammenhang mit der „Gesundung“ der österreichischen Finanzen gestellt werden, als die englische Bank gegen den Willen Frankreichs der österreichischen Nationalbank Kredite erteilt. Mehr noch wie der Youngplan — trotz aller Versprechungen der Sozialdemokraten — keine Verminderung der Gegensätze zwischen den Imperialisten brachte, ebenso wird auch Hoovers Vorschlag die weitere Verschärfung dieser Gegensätze fördern.

Die Ausgabe der kommunistischen Parteien und in erster Reihe der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten ist die schonungslosste Bloßlegung des neuen Rettungsplanes Deutschlands als eines Planes der weiteren Verflechtung der deutschen werktätigen Massen durch das Verfallener System. Unsere Bruderparteien müssen dem Proletariat der ganzen Welt zeigen, daß der wirkliche Ausweg aus der Krise nur auf revolutionärem Wege möglich ist, daß die Arbeiterklasse diesen Ausweg nur mit ihren eigenen Händen schaffen kann.

Blutige Kämpfe in Oberschlesien

Warschau, 24. Juni. In Oberschlesien fanden erneut blutige Demonstrationen statt. Eine große Demonstration wurde in Heidenau abgehalten. Angesichts der Nichterhaltung der von den Bergbauverwaltungen auf Biarmarsch gegebene Versprechungen, einen Teil der erwerbslosen Arbeiter Arbeit zu geben.

Zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei kam es in Wilschowa. Der Gemeindevorsteher rief, als er von dem Meeting der Erwerbslosen auf dem Marktplatz erfuhr, Delegierte der KPS, der deutschen Sozialdemokraten und der schlesischen Arbeiterdelegation zu sich und versprach ihnen „die Forderungen der Erwerbslosen zu prüfen“. Die Sozialisten suchten darauf das Meeting aufzulösen. Aber die Erwerbslosen gaben sich mit den Versprechungen des Gemeindevorstehers nicht zufrieden und weigerten sich, auseinanderzugehen. Die Erwerbslosen leisteten auch der Polizei Widerstand und suchten sie zu entlassen. Nur mit großer Mühe gelang es der Polizei, die Demonstration aufzulösen.

historischen Endes. Die bulgarische Sozialdemokratie, die jahrelang die faschistische Diktatur unterstützt hat, die mit dem Sender Janakoff in einer Regierung zusammenarbeitete, die in den Augen der Volksmassen als Mitschuldige an der faschistischen Gewaltdiktatur, der Katastrophepolitik, der Klassenverleumdung sich entlarvt hat, wurde in diesen Wahlen, in denen sie zum erstenmal wieder als selbständige „Oppositionspartei“ auftrat, vernichtend geschlagen. Nur 14.000 Stimmen wurden im ganzen Lande für sie abgegeben. In keinem Wahlbezirk, nicht einmal auf der Landesliste, vermochte sie auch nur ein einziges Mandat zu erlangen. Die Massen schreiten über die Partei des fortgesetzten sozialfaschistischen Betrugs mit der Verschärfung hinüber, die ihr gebührt. In dem Schicksal der bulgarischen Sozialdemokratie findet die Sozialdemokratie aller Länder ihr eigenes Schicksal vorgezeichnet.

Das Wahlergebnis wird der revolutionären Massenbewegung in Bulgarien einen mächtigen Aufschwung geben, es wird

Zusammenstöße in Wien

Wien, 23. Juni. Infolge der Aufhebung der tschechoslowakischen Studentenordnung als ungesetzlich durch den Verfassungsgerichtshof kam es heute an der Wiener Universität zu schweren Unruhen, bei denen alle jüdischen Führer von den Nazistudenten aus dem Hause geprügelt wurden. Zahlreiche jüdische Studenten erlitten dabei leichtere und schwerere Verletzungen.

Unter der Führung der Kommunisten sammelten sich jedoch die proletarischen Studenten vor der Universität und beantworteten die Demonstration der Faschisten auf der Straße mit den Rufen „Rotfront!“ und „Hilf! verred!“ Auf das „Deutschlandlied“ der Nazis wurde mit der „Internationale“ geantwortet. Wo Nazistudenten außerhalb der Universität kommunistischen Studenten in die Hände fielen, wurden sie verprügelt. Die Nazis haben beim Rektor der Universität durchgesetzt, daß für eine Woche den jüdischen Studenten der Zutritt zur Universität verboten wird.

das Scheitern der Voraussetzungen der revolutionären Krise, die in allen Balkanländern herannah, beschleunigen, es wird die revolutionäre Aktivität der bulgarischen Kommunisten beflügeln und dazu beitragen, unsere bulgarische Bruderpartei auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe zu heben.

Diese Aufgaben sind außerordentlich schwer und verantwortungsvoll. Will die kommunistische Partei Bulgariens an der Spitze des werktätigen Volkes die faschistische Diktatur endgültig niederbringen, so muß sie vor allem in der nächsten Zukunft einen unerbittlichen, entschlossenen Kampf gegen alle Illusionen führen, die aus dem Wahlsieg des sogenannten „Volkblock“, erwachsen werden. Es gilt, den werktätigen Massen unermüdet über den wahren Charakter dieser Trübsal der Faschismus die Augen zu öffnen. Nur dann wird die kommunistische Partei Bulgariens die Früchte ihres Wahlsieges ernten und den Prozeß der revolutionären Abrechnung mit dem Faschismus abführen!

EC A DE Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag in Berlin W 4

Fortsetzung

Mit acht Jahren wurde Amelia zu einer Lehrerin in die Schule geschickt. Die Lehrerin war eine flegelnde, weikhaorige Frau, die bei den Kindern von Santa Joana d'Alveito einen großen Eindruck machte. Mit zehnten Brillengläsern sah sie am Fenster und zwinkte vor sich hin. Für ihr Leben gern erzählte sie Klostergeschichten. Die berüchtete auch die Legende von einer Nonne, die aus Liebessamkeit starb. In gewissen Nächten geisterte ihre Seele dann über den Korridor und rief unter immerlichen Seufzern: „August! August!“ Diese Geschichten hörte Amelia entzückt zu. Zu jener Zeit liebte sie Kindesliebe und die Gedanken der Heiligen. Ja, sie wünschte sogar, Nonne zu werden, „ein hübsches Könnchen mit einem blütenweißen Schleierchen!“

Bei der Mutter verlebten mehrere Vater. Alle Tage kam — der Freund des Hauses — der Herr Kanzler Carvalho, ein alter, kahler Herr, der stöhnend schnauzte, wenn er die Treppen stieg. Er sprach mit nieselnder Stimme. Amelia nannte ihn „Vaterchen“. Lediglich sie nachmittags aus der Schule heim. So traf sie ihn immer im Zimmer bei der Mutter plaudernd. Seine Soutane war aufgeschlagen.

Abends gab es Gesellschaften. Daran nahmen Vater Valente, Donherr Cruz und ein schlöpflich Greis teil, ein Franziskaner, den man frei Andre nannte. Es erschienen auch der Mutter Kreutritzen mit ihren Strickstrümpfen.

So wuchs sie zwischen Vatern auf. Einige allerdings waren sie widerwärtig: besonders dieser versetzte, schwarze Vater Valente. Seine müstigen, schwammigen Hände hatten winzige Fingernägel. Er liebte es, Amelia zwischen den Knien zu halten, dabei freizulassen er sie vorzüglich am Ohr, und sie noch seinen nichtschwerm, algartendunstigen Atem. Ihn Freund wurde er Donherr Cruz. Er war schlau und hatte vollkommen weiches Haar. Sein Ueberrod war immer gut geföhert, und die Schenkel überzogen.

In der Schule und zu Hause drohte man ihr bei jeglicher Ungezogenheit mit himmlischer Strafe. Dabei erschien ihr Gott als

ein Wesen, das nur Schmerz und Tod zu geben vermag. Darum alle müßte man ihn mit Gebet und Fasten beschwichtigen; darum neuntägige Fasten ansetzen; und darum die Vater verwöhnen — — Deshalb tat sie freimütig Buße, wenn sie manchmal beim Schlafengehen ein Ave Maria sang. Sonst hätte sie befürchtet, daß Gott ihr Wechselheber schickte oder sie furtgerhand die Treppe hinunterpurzeln ließ.

Ihre schönste Zeit begann, als sie den ersten Musikunterricht bekam. Der Kanjler beschaffte einen guten Lehrer, einen stöhneren Organisten der St. von Soora. Der fühlte sich außerordentlich unglücklich, weil ihm seine einzige, sehr schöne Tochter mit einem Häubchen nach Wilschowa durchgebrannt war. Aus Mitleid gab man ihm eine Stellung im Kirchenbüro. Er war mager und hoch wie eine Pinie und ließ seine weichen, dünnen Haare bis zu den Schultern wachsen. Seine müden Augen trübten beständig. Aber ein verzichtendes Lächeln belebte sie. Sehr stark erschien er in einem weinroten Mantel, der ihm kaum bis zu den Hüften reichte, und den ein Strahlenkranz schmückte. Man nannte ihn Tito Segonds — Onkel Storch —, weil er hoch aufgeschossen war wie ein Storch und ebenso einsam aussah.

Eines Morgens traf Onkel Storch Amelia sehr bloß und traurig an. Schon seit dem vorigen Nachmittag lagte sie darüber, sie fühlte sich nicht wohl.

Es war ein wolkiger, kalter Tag. Der Alte wollte fortgehen: „Nein, nein, Onkel Storch“, bot sie, „spielen Sie etwas, damit ich zuhören kann!“

Er legte seinen Mantel ab und spielte eine einfache, zückerberendliche melancholische Weise.

„Wie wunderbar! — wie wunderbar!“ sagte Amelia, die neben dem Klavier stand.

Und als der Alte die letzten Takte beendet hatte, fragte sie: „Was ist das?“

Onkel Storch erzählte ihr, dies sei der Beginn einer Meditation, die einer seiner Freunde, ein Mönch, komponiert habe.

Sogleich wollte Amelia die Geschichte erfahren. Sie setzte sich auf die Lehne des Klaviers und hülfte sich in ihren Schal ein.

„Erzählen Sie, Onkel Storch!“

„Es sei ein Mönch gewesen, der als Jüngling eine gewaltige Leidenschaft für eine Nonne gehabt habe. Sie starb an dieser unglücklichen Liebe im Kloster. Er wurde aus Schmerz und Sehnsucht Franziskanerbruder.“

„Mir ist, als hätte er noch hier vor mir!“

„War er hübsch?“

„Und wie! Ein Jüngling von blühendem Leben — — und reich. — — Eines Tages war er zu mir auf die Orgel gekommen. „Schau, was ich gemacht habe!“ sagte er zu mir. Dann gab er mir ein Notenmanuskript; es begann in D-Dur. Er setzte sich, spielte, spielte... Oh, mein gutes Kind, was war das für eine Musik! — Aber ich entfinne mich nicht weiter — —“

Der Alte wiederholte am Klavier bewegt die stöhrende Melodie der Meditation in D-Dur — —

Amelia mußte den ganzen Tag über diese Gedächtnis nachdenken. —

Nachts lag sie mit hohem Fieber im Bett. Qualende Träume erschreckten sie. In ihnen spielte der Franziskanerbruder von der Orgeltempore der St. von Soora die Hauptrolle. Was einem eingefallenen Gesicht sah sie keine tiefen Augen leuchten. Fern aber erschienen die bleiche Nonne in schwarzen Kleidern und umgeben von den schwarzen Klostermauern. Sie war von Liebessamkeit erschüttert. Nachher schritt ein Jüngling von Franziskanerbrüdern durch einen langen Kreuzgang zum Chor; er kam als Lehrer. Er beugte sich unter der Kapuze, die seine Gestalt verhällte, und holperte in Sandalen. Dann schwang sich ein starkes Geländ in die wolflige Luft; es klang wie das Zwieselgäut von Wärfelchen. — — — — —

Am nächsten Tage lag das Fieber nach. Dr. Sooues beruhigte Senhora Joanneira.

„Haben Sie keine Fange, meine gute Senhora. Das sind eben die fünfzehn Jahre der Kleinen — — Morgen wird sie vielleicht Schwindel fühlen und Hebelkeit — — aber das gibt sich! Sie ist eben kein Kind mehr!“

Senhora Joanneira begriff.

„Das Mädchen hat lebhaftes Blut. Sie wird hatte Leidensschaffen erleben!“ fügte der alte Arzt hinzu. Er lächelte und schnupfte seine Brille.

Gerade zu jener Zeit starb der Herr Kanjler eines Morgens nach seinem Frühstück ganz plötzlich am Schlaganfall.

Welch unerwartete, Verwirrung für Senhora Joanneira!

(Fortsetzung folgt)

| | | | | | | | | | |
|---|--|---|--|---|--|--|--|---|--|
| Keglerheim Carolabad Jeden Sonntag feiner Ball Elbstraße 8 Taggessell 52475 | | Haußwald Lebensmittel, Tabake, Weine, Liköre, Samen, Blumenzwiebeln usw. Am Markt 52486 | | Rudolf Wittig Pirnaer Auto-Spiegel-Werstätten Wolfenbühlstr. 14 52555 | | Max Männel Empfehle ff. Fleisch- u. Wurstwaren an niedrigsten Preisen Jakobstraße 7 52552 | | Wäbellackererei Wollfette Rudi Zeigert 52481 | |
| Kaiserhof-Lichtspiele Erstes Haus am Platz Vorführungen erster Filme Täglich 8:30 Sonntags 11:00 52474 | | Erich Holmann , Bahnhofstr. 23 Plau-Schloßerei und Dreifarb-Dreht. d. M35-Motorräder 52478 | | MIGENO liefert die reine u. gefunde Qualifäts-Milch 52480 | | Albert Wollzel u. Ofen und Herde Töpfermeister Reibbahnstraße 1 52481 | | Gustav Jakob, Gartenstr. 26 ff. Fleisch- u. Wurstwaren 52476 | |
| Jäpelts Restaurant Heim der Sportler 52527 | | R. A. Schramm Baubehilge Transp., Breiten Straße Küchenherde Kesselöfen 52527 | | Schuhwohl Schöner- gasse 9 durch Qualitätsarbeit zum großen Wohlstand am Platz 52527 | | Leder Karl Jänichen, Badergasse 8 52524 | | Sport-Wutttle Pirna, Breite Straße 17 52476 | |
| Besucht die beliebten Vorführung der neuesten Schlager Astoria-Lichtspiele Tonfilm-Theater, Lange Str. 17 52475 | | Curt Flechsig Farbenhandlung, Bahnhofsstr. 27 52487 | | Reiterhofe Groß! Getrenn-, Stuben- u. Zerufelung Elbtor-Schuh und Dohnaer Str. 52527 | | Trinkt Biere Biergroßhandlung Erwin Bossig, Dresdner Straße 3b Ruf: 643 52528 | | Fleisch- u. Wurstwaren Eduard Jöhner Waisenhausstr. 14 52478 | |
| Biegle-Kleidung, Wollwaren Rich. Scherneck, Dohnaer Str. 13 52479 | | Alfred Schmüder Kleiderstoffe und Schneidereiartikel Pirna, Dohnaer Straße 12 52482 | | Erich Wehner ff. Fleisch- u. Wurstwaren Breite Straße 13 52528 | | Paul Gregor Barbißgasse 14 15 ff. Möbel aller Art, Bekle- bungen, Kleiderbetten u. Anfertigung und Um- arbeitung sämtlicher Postenmöbel 52524 | | Wlfred Baumann Fahrrad- u. Reparaturwerkstatt u. Rottmunder Straße 26 52479 | |
| Max Bießel Fein- und Weißbäcker 52484 | | Max Bieberstein Kraftfahrzeug-Reparatur Fahrschule für alle Klassen Dohnaer Platz 3 52488 | | Fels-Bärenstein hält sich bestens empfohlen 52530 | | Max Ziehnert liefert Holz sowie Brilleffs aller Art Töpfergasse Nr. 9 52485 | | Walter Jöhner Gummiwaren Leinwand, Häftformer Glets Wemms 52527 | |
| Max Bießel Fein- und Weißbäcker 52484 | | Max Bießel Fein- und Weißbäcker 52484 | | Max Ziehnert liefert Holz sowie Brilleffs aller Art Töpfergasse Nr. 9 52485 | | Walter Jöhner Gummiwaren Leinwand, Häftformer Glets Wemms 52527 | | Walter Jöhner Gummiwaren Leinwand, Häftformer Glets Wemms 52527 | |
| Max Bießel Fein- und Weißbäcker 52484 | | Max Bießel Fein- und Weißbäcker 52484 | | Max Ziehnert liefert Holz sowie Brilleffs aller Art Töpfergasse Nr. 9 52485 | | Walter Jöhner Gummiwaren Leinwand, Häftformer Glets Wemms 52527 | | Walter Jöhner Gummiwaren Leinwand, Häftformer Glets Wemms 52527 | |